

BEZIRK OBERBAYERN

Niederschrift	
über die Sitzung des	Bezirkstags
Nr.	04 / 2008
Datum	18. Dezember 2008
Ort	Bezirksverwaltung – Sitzungssaal 5. Stock
Beginn:	09:35 Uhr
Ende:	13:30 Uhr

Anwesend sind

Vorsitzender:	H. BTP Mederer F. Bittner (stellv.BTP), Fr. Steinberger (wstv.BTPin)
Bezirkstagsmitglieder	siehe Anlagen (Anwesenheitslisten)
Regierung von Oberbayern	H. Hillenbrand (Regierungspräsident) bis 10:50 Uhr
Verwaltung	H. Dr. Bruckmann, H. Brinckmann, F. Simek, H. Schmitz, H. Rössler, F. Krempel, F. Büllesbach, F. Erdmann, H. Nißlein, F. Wenzig, H. Zdarsky, H. Gerich, F. Kowatsch, H. Dr. Hange, H. Wolf, H. Quiram, F. Will, F. Lange
GPR	H. Schneider
Einrichtungen	H. Spuckti (Vorstand der Kliniken des Bezirks Oberbayern-KU) H. Steinwand (Schulzentrum für Hör- und Sprachgeschädigte)
Entschuldigt	siehe Anwesenheitslisten
Unentschuldigt	-----
Protokollführerin	Fr. Kayali

<u>Tagesordnung:</u>		
		Seite
I. Öffentliche Sitzung:		
TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung	32/33
TOP 2	Verabschiedung des Bezirkshaushaltes 2009	33-35
TOP 3	Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern (GeschO) entfällt, doppelt mit TOP 16	35
TOP 4	Neufassung der Entschädigungssatzung	35/36

TOP 5	Beteiligungen des Bezirks Oberbayern an Unternehmen in Privatrechtsform gem. Art. 80 BezO – Beteiligungsbericht 2007	36
TOP 6	Neufassung der Delegationsverordnung des Bezirks Oberbayern ab dem 01.01.2009	36
TOP 7	Zweckvereinbarung der bayerischen Bezirke über die Sozialhilfe für Nichtsesshafte in Bayern (Bayreuther Vereinbarung)	37
TOP 8	Änderung der Richtlinien für das Prüfungswesen des Bezirks Oberbayern	37
TOP 9	Patientenfürsprecher der Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen; Neufassung der Satzung - mit der Bitte um Teilnahme wird geladen: Herr Vorstand Spuckti –	38
TOP 10	Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen; Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2008 - mit der Bitte um Teilnahme wird geladen: Herr Vorstand Spuckti –	38
TOP 11	3. Phase der Neustrukturierung der Bezirkskrankenhäuser; Ausgründung des Kinderzentrums München in eine gemeinnützige GmbH: Grundsatzentscheidung, Beschluss Unternehmenssatzung KBO, Kenntnissnahme Gesellschaftsvertrag - mit der Bitte um Teilnahme wird geladen: Herr Vorstand Spuckti –	38/39
TOP 12	Neufassung der Gesellschaftsverträge der “Behandlungszentrum Kempfenhausen für Multiple Sklerose Kranke gemeinnützige GmbH” und der „MKS Service GmbH“	39/40
TOP 13	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 - der Heckscher-Klinik, des Kinderzentrums München, der psych. Klinik Agatharied - Feststellung der Jahresabschlüsse 2002 bis 2006 der psych. Klinik Landsberg a. Lech - Feststellung der Jahresabschlüsse 2004 bis 2006 der psych. Klinik Garmisch-Partenkirchen - Feststellung der Jahresabschlüsse 1997 bis 2004 der Bezirksklinik a. d. Uhlandstraße	40-42

TOP 14	Feststellung der kaufmännischen Jahresabschlüsse 2005 und 2006 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon	42/43
TOP 15	Feststellung des Jahresabschluss 2005/2006 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils)	43
TOP 16	Erlass der Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern	43-45
TOP 17	Änderungssatzung der Satzung zur Bestellung eines/einer Behindertenbeauftragten für den Bezirk Oberbayern und Berufung des/der Behindertenbeauftragten für die Amtsperiode 2008 bis 2013	45
TOP 18	Bekanntgabe und Sonstiges	45/46

BTP Mederer schließt vorerst die nichtöffentliche Sitzung um 09:40 Uhr und nimmt die Behandlung der öffentlichen Tagesordnung auf.

II. öffentliche Sitzung:

BTP Mederer begrüßt die Anwesenden, besonders RP Hillenbrand, und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstags fest. Zusätzlich verweist er auf die ausgeteilten Tischvorlagen, die bei der jeweiligen Tagesordnung zur Diskussion gestellt werden.

BTP Mederer berichtet, dass in der vorausgehenden nichtöffentlichen Sitzung beschlossen wurde, dem Bezirkstagsmitglied a. D. Franz Jungwirth die Ehrenbezeichnung „Altbezirkstagspräsident“ zu verleihen.

BTP Mederer findet in einer Laudatio passende Worte, würdigt die Arbeit von Franz Jungwirth und überreicht ihm eine Urkunde

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Der Bezirkstag genehmigt die Sitzungsniederschrift vom 23. Oktober 2008 mit folgender Anpassung:

BR Wunderlich bittet um folgende redaktionelle Änderung: auf Seite 10 bzw. Blatt 3 soll bei der Auflistung der bisherigen Sitze im Jahr 2003, was bei der FDP mit „1 Sitz“ vermerkt wurde, auf „2 Sitze“ korrigiert werden.

Obwohl die Unterschrift auf der Anwesenheitsliste fehlt war BRin Kuhn bei der letzten Sitzung anwesend.

Beschluss	Das Protokoll der letzten Sitzung wird mit den angegebenen Änderungen genehmigt.
21 / 08	

	Abstimmungsergebnis:	66 : 0 einstimmig
--	-----------------------------	------------------------------

TOP 2: Verabschiedung des Bezirkshaushaltes 2009

BTP Mederer und jeweils ein Mitglied von jeder Partei hält, wie teilweise in der Anlage beigelegt, eine Rede (**zu den Anlagen – es gilt das gesprochene Wort**):

BTP Mederer (vgl. Anlage 1).

St. BTPin Bittner

Die SPD-Fraktion stimmt dem HH 2009 zu. (vgl. Anlage 2).

BRin Neubauer

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem HH 2009 zu (vgl. Anlage 3).

BRin Friedl-Laussenmeyer

Die FPD-Fraktion stimmt dem HH 2009 zu.

BR Schneider

Die Fraktion der FW stimmt dem HH 2009 nicht zu.

BR Prof. Dr. Weber

Die Fraktion der Linken stimmt dem HH 2009 nicht zu (vgl. Anlage 4)

BRin Schildbach-Halser

Die ödp-Fraktion stimmt dem HH 2009 zu (vgl. Anlage 5).

BR Dorn

Die Fraktion der Bayernpartei stimmt dem HH 2009 zu.

BR Loy

Die CSU-Fraktion stimmt dem HH 2009 zu. (vgl. Anlage 6)

BRin Schildbach-Halser stellt richtig, dass ödp von der FDP einen Referenten überlassen bekommen hat.

Herr BTP Mederer streicht heraus, dass er sich freut, dass ein gemeinsames Interesse für Menschen mit Behinderung besteht und dass gemeinsame Ziele verfolgt werden, genauso wie gemeinsam das Geld dafür zur Verfügung gestellt werden muss. Eine Anstrengung ist erforderlich, um die Verteilung der FAG-Mittel auf die Bezirke gerechter zu gestatten.

Die 3 Anträge der Linken (Tischvorlage) werden behandelt. BTP Mederer informiert, dass 3 entsprechende Anfragen im Bezirksausschuss vom 03.12.2008 schon behandelt wurden. Über die Anträge wird einzeln abgestimmt.

Beschluss	Der Antrag 1 der Linken bzgl. der sudetendeutschen Heimatpflege, siehe Tischvorlage, wird an den Ausschuss für Kultur, Schulen und
------------------	--

22 / 08	Museen verwiesen mit der Maßgabe, dass ein Vertreter der sudeten-deutschen Heimatpflege die Tätigkeit der Institution sowie die Verwendung unserer Zuschüsse erläutert.
	Abstimmungsergebnis: 62 : 4 Mit Mehrheit beschlossen

BR Prof. Weber gibt zu Protokoll, dass der BTP über den Antrag 2 entscheiden lassen hat, obwohl weder ein Protokoll oder ein Protokollauszug des Bezirksausschusses vorliegt, noch hat er einen Antragstext vorgelesen, da er sich auf den Beschluss des Bezirksausschusses bezogen hat und nicht auf den Antrag der Linken, der anders lautet als beim Bezirksausschuss.

Beschluss	
23 / 08	Die Behandlung des Antrags 2 der Linken wird auf den Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen unter Hinzuziehung einer Vertretung der Donauschwabener Landsmannschaft verwiesen.
	Abstimmungsergebnis: 49 : 17 Mit Mehrheit beschlossen

BTP Mederer sagt, gleiches gelte für Antrag 3, entsprechend der Beschlusslage im Bezirksausschuss soll abgestimmt werden.

BTP Mederer erklärt, dass die Tischvorlage den Inhalt ausgiebig wiedergibt. Er hätte auch nicht behauptet es liege ein Protokoll vom Bezirksausschuss vor, sondern er hatte sich auf die Entscheidung des Bezirksausschusses bezogen.

Es wird ein Neuantrag (zum Antrag 3 der Linken) mit Sperrvermerk gestellt.

Beschluss	
24 / 08	Die Behandlung des Antrags 3 wird an den Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen ohne Sperrvermerk verwiesen
	Abstimmungsergebnis: 49 : 17 Mit Mehrheit beschlossen

BRin Neubauer stellt den Antrag im Nachgang über den weitergehenden Antrag abzustimmen, da das Plenum auch jetzt noch „mit Sperrvermerk“ abstimmen und zustimmen kann.

BR Scholer wendet ein, dass das nicht geht, weil der Beschluss vom Bezirksausschuss bereits „ohne Sperrvermerk“ lautet. Der Bezirksausschuss hat „ohne Sperrvermerk“ beschlossen und dieser Antrag ist zur Abstimmung gestanden.

BTP Mederer liest den Beschlussvorschlag zum Haushalt 2009, der als Sitzungsvorlage Nr. 2 vorliegt, vor und gibt diesen zur Abstimmung.

Beschluss 25 / 08	1. Für das Haushaltsjahr 2009 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 1.184.000.000 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 45.900.000 € und dem Stellenplan zugestimmt 2. Das Umlagesoll beträgt 985.976.499,42 €. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2009 auf 19,60 v.H. festgesetzt. 3. Dem Finanzplan 2008 bis 2012 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 4. Den Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen 2009 des Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon und der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen 2008 bis 2012 und Investitionsprogramm wird zugestimmt. 5. Die Haushaltssatzung 2009 in der Fassung vom 03.12.2008, wird beschlossen. Abstimmungsergebnis: 55 : 12 Mit Mehrheit beschlossen
--	--

TOP 3: Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern (GeschO)

Dieser TOP entfällt, da dieser doppelt mit TOP 16 ist.

TOP 4: Neufassung der Entschädigungssatzung

Der Bezirkstag hat zu Beginn seiner Amtsperiode die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Bezirksbürgerinnen und Bezirksbürger nach Art. 14a BezO durch Satzung zu regeln.

Beschluss	Die Entschädigungssatzung für ehrenamtlich tätige Bezirksbürger und –bürgerinnen wird in der als Anlage beiliegenden Fassung beschlossen.
26 / 08	Abstimmungsergebnis: 46 : 19 Mit Mehrheit beschlossen

TOP 5: Beteiligungen des Bezirks Oberbayern an Unternehmen in Privatrechtsform gem. Art. 80 BezO – Beteiligungsbericht 2007

Der Bezirk hat jährlich einen Bericht über die Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen und dem Bezirkstag vorzulegen, wenn dem Bezirk mindestens der zwanzigste Teil der Anteile eines Unternehmens gehört (Art. 80 Abs. 3 BezO).

Der Beteiligungsbericht ist die rückblickende Betrachtung auf der Basis gesicherter Unternehmensdaten, die sich aus den Jahresabschlüssen und Geschäftsberichten ergeben.

Für folgende Unternehmen ist ein Beteiligungsbericht gesetzlich notwendig:

- a) Oberbayerische Heimstätte Gem. Siedlungsgesellschaft mbH (OH)
- b) Deutsches Heim Wohnungsbaugesellschaft mbH München (DH)
- c) Behandlungszentrum Kempfenhausen für Multiple Sklerose Kranke GmbH
- d) EDV-Infrastruktur GmbH

Beschluss	Von dem Beteiligungsbericht 2007 nach Art. 80 Abs. 3 BezO wird Kenntnis genommen.
27 / 08	Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig

TOP 6: Neufassung der Delegationsverordnung des Bezirks Oberbayern ab dem 01.01.2009

Der Bezirk Oberbayern übernimmt ab dem 01.01.2009 alle noch an die örtlichen Träger delegierten Aufgaben der Eingliederungshilfe in seine eigene Zuständigkeit und passt seine Delegationsverordnung entsprechend an.

Beschluss	Die Delegationsverordnung wird wie vorgeschlagen erlassen.
28 / 08	Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig

TOP 7: Zweckvereinbarung der bayerischen Bezirke über die Sozialhilfe für Nichtsesshafte in Bayern (Bayreuther Vereinbarung)

Die seit dem 01.01.2008 bestehende Zuständigkeit des Bezirk Oberbayern für Leistungen der Eingliederungshilfe in ambulant betreuten Wohnformen sowie die ab dem 01.01.2009 bestehende Zuständigkeit für alle ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe findet in der derzeitigen Fassung des § 1 S. 2 der Bayreuther Vereinbarung keinen Niederschlag. Unter Berücksichtigung des Zweckes der Bayreuther Vereinbarung ist es deshalb notwendig, den Anwendungsbereich der Bayreuther Vereinbarung auf alle in der sachlichen Zuständigkeit des Bezirkes Oberbayern zu erbringenden Leistungen nach dem SGB XII zu erweitern, welche im unmittelbaren Anschluss an einen Aufenthalt eines Nichtsesshaften in einer Einrichtung im Sinn der Bayreuther Vereinbarung erbracht werden.

Beschluss 29 / 08	Die Zweckvereinbarung der bayerischen Bezirke über die Sozialhilfe für Nichtsesshafte in Bayern (Bayreuther Vereinbarung) i.d.F. vom 28. Dezember 1976 (MABl 1977 S. 34), letztmalig geändert durch Bekanntmachung vom 21. September 2006 (AllMBl S. 399), wird wie folgt geändert: § 1 Satz 2 erhält folgenden Wortlauf: „Dies gilt auch für unmittelbar im Anschluss an Maßnahmen nach Satz 1 zu gewährende Hilfen, für die die sachliche Zuständigkeit des Bezirkes Oberbayern gegeben ist.“ Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig
--	--

TOP 8: Änderung der Richtlinien für das Prüfungswesen des Bezirks Oberbayern

Durch die Ausgründung der Krankenhäuser und Kliniken in eigenständige, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Zusammenfassung in einer Holding in der Rechtsform eines Kommunalunternehmens, ist eine Anpassung der Richtlinien für das Prüfungswesen des Bezirks Oberbayern notwendig.

Beschluss 30 / 08	Der Bezirkstag beschließt die Änderung der „Richtlinien für das Prüfungswesen des Bezirks Oberbayern“ in der beigefügten Neufassung. Die Richtlinien treten am 01.01.2009 in Kraft. Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig
--	--

TOP 9: Patientenfürsprecher der Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen; Neufassung der Satzung

BR Wunderlich weist darauf hin, dass in § 6 vermerkt werden sollte, dass die Beträge sich auf die zeitliche Zuordnung monatlich beziehen.

BR Mederer informiert, dass dies bereits in der Verwaltungsvorlage ergänzt worden ist.

Die Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher (PF) bekleiden ein kommunales Ehrenamt, dessen Bestehen auf einer Satzung des Bezirks beruht. Aufgrund der Neustrukturierung der Kliniken, aber auch weil die Satzung in wesentlichen Teilen überholt ist, ist eine Neufassung erforderlich. Mit Wirkung zum 01.01.2009 ist außerdem die Neubesetzung der Ämter erforderlich, da die Bestellung jeweils für eine Periode von zwei Kalenderjahren wirksam ist.

Beschluss	Die Satzung des Bezirks Oberbayern über die Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher in den Krankenhäusern des „Kliniken des Bezirks Oberbayern- Kommunalunternehmen“ in der Fassung vom 06.11.2008 wird mit Wirkung zum 01.01.2009 beschlossen.
31 / 08	
	Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig

TOP 10: Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen; Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2008

Gemäß § 6 Abs. 2 der Unternehmenssatzung der Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen (KBO) berichtet der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens halbjährlich dem Bezirkstag über den Verlauf des Geschäftsjahres, wichtige Ereignisse und von seiner Tätigkeit. Hr. Spuckti stellt den Halbjahresbericht vor und geht auf die wesentlichen Punkte ein.

Beschluss	Der Bezirkstag nimmt den Bericht für das 1. Halbjahr 2008 des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ zur Kenntnis.
32 / 08	
	Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig

TOP 11: 3. Phase der Neustrukturierung der Bezirkskrankenhäuser; Ausgründung des Kinderzentrums München in eine gemeinnützige GmbH: Grundsatzentscheidung, Beschluss Unternehmenssatzung KBO, Kenntnisnahme Gesellschaftsvertrag

Im Rahmen der Neustrukturierung der Bezirkskrankenhäuser wurden die bezirkseigenen Krankenhäuser in bisher zwei Schritten als rechtlich selbständige Töchter des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ etabliert. Eine Ausnahme bildet bisher das Kinderzentrum München (Fachkrankenhaus für Entwicklungsrehabilitation und Sozialpädagogisches Zentrum). Dieses ist ein nicht selbständiger Teil des Kommunalunternehmens.

Beschluss 33 / 08	Der Bezirkstag von Oberbayern beschließt: a) Der Bezirk Oberbayern stimmt der Ausgründung des Kinderzentrums München in eine gemeinnützige GmbH aus den Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen zu. Das Kommunalunternehmen bleibt 100% Anteilseigner der gemeinnützigen GmbH. b) Der Bezirk Oberbayern beschließt die Unternehmenssatzung der Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen in der Fassung vom 18.12.2008 mit Wirkung zum 01.01.2009. c) Der Bezirk Oberbayern nimmt den Gesellschaftsvertrag der „Kinderzentrum München gemeinnützigen GmbH“ zur Kenntnis.
	Abstimmungsergebnis:
	65 : 2
	Mit Mehrheit beschlossen

Herr Brinckmann erläutert kurz die redaktionellen Änderungen des

- ## Bezirkstag, 18.12.08 ö

Der Bezirkstag von Oberbayern hat in seiner Sitzung am 31.07.2008 den neu gefassten Gesellschaftsverträgen für das Behandlungszentrum und dessen Service GmbH zugestimmt. Außerdem wurde erstmals eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat erstellt und von den Gremien zur Kenntnis genommen.

Dem Gesellschaftsvertrag muss von allen Gesellschaftern zugestimmt werden. Nach dem Beschluss im Bezirkstag von 31.07.08 haben sich zum Gesellschaftsvertrag des Behandlungszentrum und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat noch Änderungen ergeben.

Beschluss 34 / 08	Der Bezirkstag stimmt der anliegenden Neufassung (Fassung 29.10.2008) des Gesellschaftsvertrages der „Behandlungszentrum Kempfenhausen für Multiple Sklerose Kranke gemeinnützige GmbH“ zu und nimmt die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (Fassung 29.10.2008) zur Kenntnis. Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig
--	---

TOP 13: Feststellung des Jahresabschlusses 2006

- der Heckscher-Klinik, des Kinderzentrums München, der psych. Klinik Agatharied
- Feststellung der Jahresabschlüsse 2002 bis 2006 der psych. Klinik Landsberg a. Lech
- Feststellung der Jahresabschlüsse 2004 bis 2006 der psych. Klinik Garisch-Partenkirchen
- Feststellung der Jahresabschlüsse 1997 bis 2004 der Bezirksklinik a. d. Uhlandstraße

Diese Thematik wurde ausführlich im Bezirksausschuss diskutiert und zur Abstimmung gebracht. Dem Bezirkstag wird empfohlen das Gleiche zu tun.

Beschluss 35 / 08	Die kaufmännischen Jahresabschlüsse folgender Bezirkskrankenhäuser werden mit den Ergebnissen festgestellt: - Heckscher-Klinik (ab 2007 Heckscher-Klinikum gemeinnützige GmbH) Abschluss 2006 Verlust 364.427,00 €
--	---

	- Kinderzentrum München		
	Abschluss 2006	Verlust	1.533.452,43 €
	- psych. Klinik am Kh Agatharied		
	Abschluss 2006	Verlust	705.175,89 €
	- psych. Klinik Landsberg a. Lech		
	Abschluss 2002	Verlust	349.507,73 €
	Abschluss 2003	Verlust	92.825,62 €
	Abschluss 2004	Gewinn	22.996,21 €
	Abschluss 2005	Verlust	87.517,51 €
	Abschluss 2006	Gewinn	51.391,09 €
	- psych. Klinik Garmisch-Partenkirchen		
	Abschluss 2004	Verlust	160.333,92 €
	Abschluss 2005	Gewinn	76.926,97 €
	Abschluss 2006	Verlust	67.428,83 €
	- Bezirksklinik a. d. Uhlandstraße		
	Abschluss 1997	Gewinn	105.127,45 €

	Abschluss 1998	Gewinn	6.618,59 €
	Abschluss 2000	Gewinn	66.500,26 €
	Abschluss 2001	Verlust	42.861,04 €
	Abschluss 2002	Verlust	152.974,09 €
	Abschluss 2003	Verlust	220.274,86 €
	Abschluss 2004	Verlust	948.385,60 €
	Abstimmungsergebnis:		67 : 0 einstimmig

TOP 14: Feststellung der kaufmännischen Jahresabschlüsse 2005 und 2006 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon

Auch hier hat der vorberatende Bezirksausschuss einen Empfehlungsbeschluss gefasst, der abgesegnet werden soll.

Beschluss	
36 / 08	1 a) - der Jahresabschluss des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon zum 31.12.2005 wird mit einem Verlust von 1.245.154,19 € - der Jahresabschluss zum 31.12.2006 wird mit einem Verlust von 889.409,54 € festgestellt. 1 b) die Verluste aus dem operativen Geschäft des Kultur- und Bildungszentrums

	- in Höhe von 234.762,07 € für das Wirtschaftsjahr 2005 - in Höhe von 77.201,36 € für das Wirtschaftsjahr 2006 werden durch Zuschüsse des Trägers ausgeglichen (bereits erfolgt) 1 c) die Abschreibungsverluste - in Höhe von 828.659,95 € für das Wirtschaftsjahr 2005 - in Höhe von 812.208,18 € für das Wirtschaftsjahr 2006 sind aus dem Eigenkapital (Sachanlagevermögen) auszugleichen. Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig
--	--

TOP 15: Feststellung des Jahresabschluss 2005/2006 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils)

Auch hier soll der vorberatene Beschluss des Ausschusses abgesegnet werden

Beschluss	Der Bezirkstag stellt den Jahresabschluss der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit einem Gewinn von 151.992,18 € fest.
37 / 08	
	Abstimmungsergebnis: 67 : 0 einstimmig

TOP 16: Erlass der Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern

BR Schildbach-Halser beantragt die Verteilung der Sitze in Gremien nicht nach dem Sainte Laguë/Schepers-Verfahren, sondern nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren vorzunehmen.

BTP Mederer berichtet, dass auch im Bezirksausschuss darüber abgestimmt wurde. Über den Beschluss des Bezirksausschusses, das Sainte Laguë/Schepers-Verfahren anzuwenden, sei als erstes zu entscheiden.

BRin Neubauer wendet ein, dass nicht getrennt darüber abgestimmt wurde. Im Bezirksausschuss wurde eine Anmerkung dazu gemacht, dass ihre Fraktion dieses Ver-

fahren nicht mittrage. Ihre Fraktion habe der Geschäftsordnung insgesamt zugestimmt aber es wurde nicht gesondert über das Verfahren abgestimmt.

BTP Mederer antwortet, dass über die gesamte Geschäftsordnung, wie sie jedem als Entwurf vorliegt, abgestimmt wurde und damit ist das Sainte Laguë/Schepers-Verfahren Beschlusslage.

BRin Neubauer stellt einen Geschäftsordnungsantrag.

Nachdem BTP Mederer feststellt, dass niemand gegen den Geschäftsordnungsantrag ist, lässt er abstimmen.

Beschluss	Beim Auszählverfahren um die Sitzverteilung soll anstatt dem Sainte Laguë/Schepers-Verfahren nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren vorgegangen werden.
38 / 08	Abstimmungsergebnis: 28 : 36 Mit sechsunddreißig Gegenstimmen abgelehnt

BRin Neubauer beantragt § 5 GeschO soweit zu ergänzen, dass hervorgeht, dass die Sachverständigen zum Sozialausschuss gehören.

Hr. Dr. Bruckmann erklärt, dass die Zusammensetzung des Sozialausschusses vorgegeben ist und Sachverständige können keine Mitglieder werden. Sie können nur herangezogen werden.

BRin Gräfin von Baudissin-Schmidt stellt den Antrag, in § 17 Abs. 6 Nr. 1 GeschO die Ernennungen auf A 12 zu beschränken.

Beschluss	In § 17 Abs. 6 Nr. 1 GeschO soll die Ernennung auf A 12 beschränkt werden.
39 / 08	Abstimmungsergebnis: 8 : 59 Mit Mehrheit abgelehnt

BR Schneider stellt den Antrag, in § 17 Abs. 6 Nr. 1 GeschO die Beförderung auf A 13 zu beschränken.

Beschluss	In § 17 Abs. 6 Nr. 1 GeschO soll die Beförderung auf A 13 beschränkt werden.
40 / 08	Abstimmungsergebnis: 14 : 53 Mit Mehrheit abgelehnt

Nach BTP Mederer soll § 30 Abs. 2 Satz 2 wie folgt ergänzt werden: „Ergebnisprotokolle zu den öffentlichen Sitzungen werden im Internetportal des Bezirks Oberbayern veröffentlicht.“

Beschluss 41 / 08	Der Bezirkstag gibt sich eine neue GeschO, die dem vorgelegten Entwurf incl. der in der Sitzung der Bezirksausschusses am 03.12.2008 vorgeschlagenen Änderungen und einer redaktionellen Anpassung entspricht. Abstimmungsergebnis: 41 : 26 Mit Mehrheit beschlossen
--	---

BTP Mederer macht darauf aufmerksam, dass die Nachmeldung der Fraktionen bzgl. der Besetzung von Ausschüssen als Anlage der Geschäftsordnung beigelegt wird. Außerdem teilt er noch die Änderung mit, dass ein 3. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt zu bestellen ist und diese Funktion von dem Altbezirkstagspräsidenten Franz Jungwirth wahrgenommen wird. Da es keine Wortmeldungen gibt, teilt BTP Mederer mit, dass er dies als eine zustimmende Kenntnisnahme bewertet. Somit wurden die aus der Konstituierenden Sitzung noch offenen oder geänderten Besetzungen in den Gremien entsprechend den vor der Sitzung eingereichten Vorschlägen (vgl. Anlage 7) der Fraktionen angenommen.

TOP 17: Änderungssatzung der Satzung zur Bestellung eines/einer Behindertenbeauftragten für den Bezirk Oberbayern und Berufung des/der Behindertenbeauftragten für die Amtsperiode 2008 bis 2013

Die Entschädigung der/des Behindertenbeauftragten soll nicht mehr länger in der Satzung über die/den Behindertenbeauftragten, sondern in der Entschädigungssatzung geregelt sein. Die entsprechenden Regelungen in der Satzung über die/den Behindertenbeauftragten werden deshalb aufgehoben.

Beschluss 42 / 08	1. Der Beschluss zur Änderungssatzung vom 23.10.2008 wird aufgehoben. 2. Die Änderungssatzung wird angenommen. Sie tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Abstimmungsergebnis: 67 : 00 einstimmig
--	--

TOP 18: Bekanntgaben und Sonstiges

BRin Neubauer spricht das Urteil vom Bundessozialgericht vom 08.09.2008 an und bittet um ausführlichere Berichterstattung, wie damit umgegangen werden soll und

auch dringend auf Ihr Schreiben einzugehen. BTP sagt zu, nach Analyse des Urteils über die Umsetzung auch schriftlich zu berichten.

BR Prof. Dr. Weber stellt den Antrag, zur Aufsichtsratsvergütung OH/DH zur erfahren, wie mit diesen 40.000.- € umgegangen wird.

BTP verweist darauf, dass der Antrag nicht aus dem Stegreif beantwortet werden kann.

Es wird der Geschäftsordnungsantrag gestellt, die Resolution der Linken bzgl. Krankenhausfinanzierung nicht zu behandeln.

Beschluss	Nicht Behandlung der Resolution der Linken bzgl. der Krankenhausfinanzierung.	
43 / 08	Abstimmungsergebnis:	39 : 28
		Mit Mehrheit beschlossen

BR Thöne äußert, dass öfters auf Ausschüsse verwiesen worden ist, in denen auch nicht jeder Mitglied ist. Er bittet künftig entsprechende Protokollauszüge vorzulegen.

BTP Mederer teilt mit, dass es in dieser Richtung schon ein Vorhaben gibt.

Da keine Wortmeldungen oder Anträge mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 13:20 Uhr und nimmt die Behandlung der nichtöffentlichen Tagesordnung auf.

BEZIRK OBERBAYERN
München, 18.12.2008


Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

gez.
Sevil Kayali
Protokollführerin

Anlage 1

Haushaltsrede 2009 von Bezirkstagspräsident Josef Mederer für die Plenarsitzung am 18. Dezember 2008

Anrede

Haushalt 2009-01-08

- Die Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe
- die Neuwahl des Bezirkstags mit den daraus resultierenden Veränderungen
- und die sich abzeichnende Haushaltsenge mit Hebesatzerhöhung

Das sind für mich persönlich die drei großen Herausforderungen, die das Jahr 2008 geprägt haben. Bevor ich ins detail gehe, möchte ich vorab jedem danken, der auf die eine oder andere Weise an der Bewältigung dieser Aufgaben mitgewirkt hat – in der Politik genauso wie in der Verwaltung.

Wir legen Ihnen heute einen Haushaltsentwurf mit über 1,2 Milliarden Euro zur Verabschiedung vor. Und wir tun das zum ersten Mal in dieser Zusammensetzung des Bezirkstags. Sie wissen, ich bin noch keine hundert Tage im Amt des Bezirkstagspräsidenten. Natürlich habe ich durch meine acht Jahre als Vizepräsident sehr gute Ausgangsvoraussetzungen, mich schnell in meine neuen Aufgaben und Pflichten einzuarbeiten. Und ich glaube, dass mir dies bisher auch recht gut gelungen ist. Langsam kehrt eine gewisse Normalität der Abläufe ein; mein Eindruck ist, dass wir als Gremium uns nach nur knapp drei Monaten schon ganz gut zusammengefunden haben. Und mir scheint, dass die „Buntheit“ und die Veränderung des Bezirkstags mit acht Parteien und mehr als der Hälfte neuen Mitgliedern auch eine Chance ist, die wir zur lebendigen Diskussion nutzen können. Allerdings bin ich, - und so werden mich schon kennen gelernt haben - , wenn alle Argumente ausgetauscht sind, dann auch ein Freund pragmatischer, umsetzbarer Lösungen. Herzlichen Dank auf jeden Fall für Ihre Bereitschaft, sich intensiv auf Bezirksthemen einzulassen!

Der Haushalt, um den es heute geht, ist dementsprechend gut vorberaten. Unser Kämmerer, Herr Rössler, hat in bewährter Weise den einzelnen Fraktionen bereits im Vorfeld Rede und Antwort gestanden, das ist mir wichtig, Transparenz – kein Buch mit 7 Siegeln. In vielen Ausschusssitzungen haben wir über die Einzelposten beraten, so dass ich Ihnen heute nur die prägenden Linien aufzeigen und die politischen

Schlussfolgerungen erläutere. Ich werde leider heute eine Hebesatzerhöhung um 0,8 Prozent vorschlagen müssen – und dies, obwohl die Steuerkraft im zugrunde liegenden Jahr 2007 in Oberbayern um durchschnittlich 14,59 Prozent gestiegen ist. Diese Steigerung bedeutet, dass wir auch bei gleich bleibendem Hebesatz bereits erheblich mehr Geld (120 Millionen) eingenommen hätten. Aber dieses Geld reicht nicht, um unsere Ausgaben vor allem im Sozialbereich zu decken! Unser Haushalt wird zu fast 93 Prozent von Sozialhilfeausgaben bestimmt! Um diese stetig steigenden Ausgaben decken zu können, brauchen wir dieses Jahr insgesamt 160 Millionen Euro mehr von unseren Umlagezahlern, also einen Hebesatz von 19,60 Prozentpunkten. Dafür bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

Anrede

Ursachen und Gründe für dieses große Finanzloch gibt es viele:

Wir haben den Hebesatz im letzten Jahr stärker gesenkt, als im Nachhinein gerechtfertigt war. Ob wir es im Wahljahr wollten oder nicht sei dahin gestellt ... gedankt hat es uns aber niemand! Dies hat im Endeffekt zu einem gigantischen Fehlbetrag im Jahr 2008 geführt, den wir 2009 nur mit einer Abschlagszahlung von 10 Millionen im Haushalt haben.

Der Zuschussbedarf im Sozialbereich ist um über 104 Millionen Euro angestiegen! Gründe: Tarifsteigerungen, die sich voll auf die Entgelte und Pflegesätze auswirken, Fallzahlsteigerungen, Kosten für die ambulante Eingliederungshilfe (Allerdings: um die Kosten für die ambulante Eingliederungshilfe werden die Umlagezahler natürlich in ihren Etats auch gewaltig entlastet)

um 4,7 Millionen höhere Personalkosten im eigenen Bereich (Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst und notwendige Neueinstellungen für die ambulante Eingliederungshilfe)

Das massivste Loch in die Kasse reißt aber der Artikel 15 Finanzausgleichsgesetz. Gewiss, der Topf für die Bezirke ist erfreulicherweise genauso groß geblieben wie im Vorjahr. Damit war auf dem Höhepunkt der Bank- und Finanzmarktkrise ja von Pes-

simisten auch nicht gerechnet worden! Aber von diesen 580 Millionen Euro erhält Oberbayern, der mit Abstand größte Bezirk mit etwa einem Drittel der Einwohner Bayerns, gerade einmal 65 Millionen! Grund ist der Verteilungsmodus zwischen den Bezirken, in den unterschiedliche Faktoren einfließen, und der zu dieser drastischen Ungerechtigkeit gegenüber Oberbayern führt! Der Deckungsbeitrag des Artikels 15 FAG zu unserem Haushalt entspricht gerade einmal 8,14 Prozent. Für mich liegt es auf der Hand, dass hier politisches Handeln gefragt ist. Erfreulicherweise sind sich hierin der Bezirk Oberbayern und die oberbayerischen Landkreise einig, und auch aus Schwaben kommt Unterstützung. Ich sehe es als einmalige Chance, dass wir die oberbayerischen Landkreise an unserer Seite haben und gemeinsam vehement eine Neugestaltung des Verteilungsschlüssels fordern! Selbstverständlich erkenne ich an, dass stärkere Partner den schwächeren helfen müssen. Das ist die Basis jeder Solidargemeinschaft! Aber der aktuelle Modus basiert nicht auf vertretbarem Ausgleich innerhalb Bayerns, sondern stellt die wirtschaftlichen Gegebenheiten auf den Kopf! Vom Verband der bayerischen Bezirke können wir uns leider wenig Unterstützung erwarten. Rechnet man den Artikel 15 aus den sieben Bezirkshaushalten heraus, hätte Oberbayern den zweitniedrigsten Hebesatz! Ich bin dankbar, dass wir auf einem guten Weg sind, eine oberbayerische Allianz von Landkreisen und Bezirk zu schließen, um diesen Missstand anzuprangern und abzuschaffen. Diese ist jedenfalls meine klare Forderung an das Finanzministerium bzw. die Staatsregierung. Darin sehe ich auch eine meiner vorrangigen politischen Aufgaben in den nächsten Monaten! Und dafür bitte ich Sie um breite Unterstützung!

Anrede

Wenn wir die Rückendeckung der kommunalen Familie wollen, müssen wir aber auch belegen, dass wir verantwortungsvoll und wirtschaftlich mit unseren Finanzmitteln umgehen. Das heißt, wir müssen unsere Ausgaben noch stärker transparent und damit vergleichbar machen. Keiner wird abstreiten, dass in Oberbayern und im Ballungsraum München zumal vieles teuer ist und sich dies auch bei Pflegesatzverhandlungen usw. niederschlägt. Höhere Löhne wegen der Ballungsraumzulage, höhere Mieten, durchsetzungsstärkere Verbände und Lobbyisten, höhere Investitionskosten ... All dies muss aber belegt und nachvollziehbar mit Zahlen hinerlegt werden, damit wir unser Forderungen mit gutem Gewissen und dem Rückenwind durch unsere

Partner vertreten können! Denn Weg, den mein Vorgänger Franz Jungwirth – als großer Freund der Zahlen bekannt- eingeschlagen hat, werde ich deshalb mit Nachdruck weitergehen. Ich will mich nicht nur auf die Kraft der Worte verlassen müssen, sondern nachprüfbare Zahlen sprechen lassen können! Angesichts der drohenden Haushaltentwicklung der kommenden Jahre wird dies bitter nötig sein!

Anrede

Nun aber weg von den reinen Zahlen und hin zu dem, was wir mit den vielen hundert von Millionen im Sozialbereich leisten. Seit dem 1. Januar 2008 sind die Bezirke zuständig für alle Formen der Behindertenhilfe für jegliche Behinderungsart. Es war und ist schwierig, eine abschließende Schätzung abzugeben, wie viele Einzelfälle in der Sachbearbeitung in der ambulanten Eingliederungshilfe auf den Bezirk übergegangen sind. Es werden an die 30 000 Fälle sein, hinter denen jeweils ein Einzelschicksal steht. Obwohl der Gesetzgeber bis zum 1. Januar 2009 Delegationsmöglichkeiten auf die örtlichen Träger vorgesehen hat, um den Übergang möglichst gut vorzubereiten, haben wir in Oberbayern die Delegation nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen. Bereits zum Jahreswechsel haben wir die Bearbeitung der ambulanten Wohnformen selbst übernommen. Seit April wird die Bearbeitung der Grundsicherung von Mitarbeitern des Bezirks Oberbayern vorgenommen. Die Leistungen der ambulanten Frühförderung bearbeiten wir seit August. Angesichts der Größe Oberbayerns haben wir uns auch entschlossen in der Pilotregion 10 (also Ingolstadt und die umliegenden Landkreise) eine Außenstelle zu gründen, die im August eröffnet wurde. Dort werden vor Ort alle Leistungen der Eingliederungshilfe für diese Region abgewickelt werden.

Anrede

Was bedeutet die Gesetzesänderung aber konkret für uns intern, also für die Bezirksverwaltung? Nicht weniger als die größte organisatorische und personelle Herausforderung, der wir uns je zu stellen hatten! Wir mussten im Laufe des Jahres insgesamt über 90 neue qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden, ihnen einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen, sie schulen und integrieren. Die gewaltige

Aufgabe ließ und lässt sich nur stemmen, wenn alle die Ärmel hochkrempeln. Und bei meinem Rundgang durch die einzelnen Referate und in jedes einzelne Zimmer, den ich als neuer Chef mir vorgenommen habe, habe ich festgestellt: die Arbeitsbelastung ist sehr hoch, es gibt logischerweise Rückstände in der Sachbearbeitung. Die Umwälzungen sind erheblich, denn es sind fast 20 Prozent neue Mitarbeiter und die Abläufe müssen sich zum Teil noch finden! Aber ich sehe mit großer Zuversicht, dass das Improvisationstalent sehr ausgeprägt ist und genauso die Stresstoleranz! Und, meine Damen und Herren, sind wir ehrlich: Wenn man bedenkt, wie gigantisch das neue Aufgabenpaket ist, ist es absolut bewundernswert, wie nach außen hin unauffällig und kontinuierlich die Übernahme verlaufen ist. Meine allergrößte Anerkennung allen, die dazu beigetragen haben!

Kurzer Einschub zum Urteil „Mittagessen“?

Anrede

Und obwohl, die Sozialhilfe den Löwenteil unseres Haushalts beansprucht und der angesichts der Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe auch unsere größte „Baustelle“ im zu Ende gehenden Jahr war und sicherlich auch bleiben wird, möchte ich alle anderen Bezirksaufgaben und Einrichtungen nicht vergessen.

Lassen Sie mich kurz einzelne Highlights herausgreifen:

Gesundheit:

Mit großer Freude kann ich hier vermelden, dass unsere Erwartungen an unser Kommunalunternehmen bisher erfüllt haben. Am 1. Januar 2009 soll mit dem Kinderzentrum die letzte Bezirksklinik unter dem Dach des Kommunalunternehmens als gemeinnützige GmbH ausgegründet

Schulen:

Große Investitionen in den Schulen für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen, im Agrarbildungszentrum in Landsberg und im Schulzentrum Johanneskirchen: Neubauten und Sanierungen, damit die Schulen optimale Ausbildungs-

voraussetzungen anbieten können und die Schüler und Studierenden bestmöglich auf den Beruf vorbereitet werden.

Im Waldhackschnitzelwerk im Agrarbildungszentrum in Landsberg/Lech brenn das Feuer, die Einweihung ist im Januar 2009 geplant.

Die Mittelerhöhung bei den Zuschüssen für Kultur- und Denkmalpflege setzt Schwerpunkte.

Gewässer II:

Die Zuständigkeit für die Gewässer II. Ordnung geht zum Jahreswechsel verloren. Das ist ein großer Wermutstropfen für uns, weil wir es gekonnt haben, aber auch für die betroffenen Kommunen. Hier konnten wir gerade angesichts der sich zuspitzenden Hochwasserproblematik viel Gutes tun. Welch finanzielle Mehrbelastungen auf verschiedene Kommunen durch die geänderten Zuständigkeiten zukommen werden, haben manche Bürgermeister und das sage ich, auch manche Landtagsabgeordnete erst durchschaut, als das Gesetz bereits verabschiedet war.

Anrede

An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks Oberbayern richte ich meinen Dank für die große Einsatzbereitschaft, die sie auch in diesem Jahr trotz Aufgabenerhöhung gezeigt haben. Im Besonderen bedanke ich mich heute natürlich bei Herrn Rössler und Frau Hirschhuber, die die Hauptlast der Haushaltserstellung tragen und jederzeit geduldig Rede und Antwort stehen.

Ich möchte Sie nun bitten, meine Damen und Herren Mitglieder des Bezirkstages von Oberbayern, dem vorliegenden Haushaltsentwurf zuzustimmen. Für die Zusammenarbeit bedanke ich mich ausdrücklich. Gerade wegen unserer unterschiedlichen Sichtweisen werden unsere Diskussion auch in Zukunft spannend sein. Ich wünsche Ihnen gesegnete Festtage im Kreis Ihrer Familien und Freunde und Gesundheit, Freude und Zufriedenheit im Neuen Jahr.

Haushaltsrede SPD-Fraktion, Ursula Bittner, 18.12.08

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr
Regierungspräsident, *liebe Kolleginnen u. Kollegen,*

- Heute gilt es einen soliden, ^{guten} aber durchaus eng geschneiderten Haushalt zu verabschieden, für dessen Erstellung ich im Namen der SPD – Fraktion Herrn Rössler und seinen Mitarbeitern herzlich schon an dieser Stelle danken will.
- Noch ist es uns möglich durch eine maßvolle Erhöhung mit einem Hebesatz von 19,6 Punkten sowohl den Kommunen entgegenzukommen als auch eine weitreichende Überprüfung der vielen kleinen freiwilligen Leistungen durch die Aufsichtsbehörde zu vermeiden. Jedoch zeigt uns vor allem die Entwicklung bei den Rücklagen auf, dass wir am Ende der Fahnenstange angekommen sind und auch Liebgewonnenes auf den Prüfstand stellen müssen.
- 2008 mussten wir den Rücklagen 28 Millionen € entnehmen, damit rächt sich unsere Großzügigkeit der weiteren Senkung die wir 2008 vorgenommen hatten.
- Hätten wir die deutliche Senkung in 2007 als unterstes Level angesehen und einen gleich bleibenden Hebesatz für die Jahre 2007 – 2009 als positives Zeichen verkauft, dann wäre uns für die kommenden Jahre einiges erspart geblieben. Leider ist diese Erkenntnis heute zu spät und ich bedauere dass wir diesen Fehler im vergangenen Jahr mitgetragen haben.
- Obwohl ich die Kolleginnen und Kollegen verstehe, die heute einer wesentlich höheren Umlage das Wort reden, bin ich doch froh, wenn wir eine Überprüfung durch die Aufsichtsbehörde vermeiden können. Betroffen wären dann nämlich die vielen kleinen Hilfsangebote, die Initiativen und kleinräumigen Versorgungsstrukturen und kulturellen Angebote, die ohne unsere Zuwendungen nicht überleben können.

- Der diesjährige Haushalt beinhaltet eine qualitativ hochwertige und umfassende Versorgung der Menschen, die uns mit ihren Schwierigkeiten anvertraut wurden.
- Der Kulturauftrag des Bezirks Oberbayern wird dabei ebenso so ernst genommen wie der umfangreiche und alles überragende Sozialbereich.
- Gerade im Sozialbereich sind die Ausgaben durch die Rückdelegation verschiedener Aufgaben enorm gestiegen. Die Einstellung von fast 100 neuen Mitarbeitern hat im Hause zu erheblichen Belastungen geführt und beansprucht auch im nächsten Jahr die Mitarbeiter bis an ihre Grenzen. Ich möchte allen betroffenen Mitarbeitern an dieser Stelle im Namen der SPD-Fraktion für ihren außergewöhnlichen Einsatz in dieser schwierigen Umstellungsphase herzlich danken.
- Die Kostenentwicklung im Sozialhaushalt ist dramatisch. So wird sich der Fehlbetrag aus 2008 auf mindestens 40 Millionen € belaufen, die wir in diesem Jahr zusätzlich verkraften müssen.
- Darüber hinaus erhöhen sich die Fallzahlen deutlich
- Es gibt eine ebenso deutliche Steigerung der Pflegesätze durch Tarifierhöhungen und gestiegene Energiekosten
- Sowie eine Zunahme von Förderstätten und Werkstattplätzen
- Als kleines Beispiel zeigt der Bereich „Hilfe zum Lebensunterhalt“ die Entwicklungen deutlich auf : 2003 mussten dafür 7,5 Millionen € aufgebracht werden, 2007 waren es bereits 35 Millionen €, Tendenz steigend.
- Unberücksichtigt bleiben dabei immer noch alle Forderungen die zu Verbesserungen in der Infrastruktur auf dem Lande führen.
- Beim Vergleich Entwicklung Sozialhilfebelastung mit den Ausgleichsmitteln auf Seite 18 des Vorberichts wird deutlich wie weit die Schere mittlerweile auseinanderklafft und wie dringend erforderlich eine Neuordnung des Verteilungsmodus ist.

- Der Bezirk Oberbayern musste in diesem Jahr erneut eine Kürzung der Zuweisung in Höhe von 30,0 Millionen € hinnehmen.
- Erfreulich ist der Schuldenabbau, obwohl in diesem Jahr erstmals seit 3 Jahren wieder 3,1 Millionen aufgenommen werden sollen.
- Gegenüber dem Höchststand von 2004 mit 135 Mio € sind bis Ende 2009 bereits 40 Mio € abgebaut und bis 2014 sollen weitere 30 Mio abgebaut werden.
- Mit Zufriedenheit können auch wir als SPD-Fraktion die Entwicklung im Kommunalunternehmen beobachten, auch wenn wir uns ursprünglich eine andere Lösung gewünscht hätten.
- Mit Herrn Spukti als Geschäftsführer ist es jedoch gelungen zu einem durchwegs zufriedenstellenden Miteinander von Ärzten, Pflegepersonal, Personalvertretung und Patienten zu kommen, was nicht als selbstverständlich vorhergesehen werden konnte. Herrn Spukti und seinen sehr motivierten Mitarbeitern von uns an dieser Stelle herzlichen Dank.
- Auch wenn noch ein erheblicher Teil Arbeit im Klinikbereich vor uns liegt, zeigen die bisherigen Aktivitäten, dass wir auf dem richtigen Weg sind.
- Ich bin froh darüber, dass wir als SPD-Mitglieder im Verwaltungsrat konstruktiv diese Entwicklung mit beeinflussen konnten, es war bisher durchwegs eine faire Partnerschaft.
- Die Entwicklung im Gesundheitsbereich muss uns jedoch unabhängig von den innerstrukturellen Überlegungen des Kommunalunternehmens in den kommenden Jahren beschäftigen.
- Die strategische Bedeutung die der Gesundheitsausschuss haben sollte wurde dabei nicht annähernd ausgeschöpft. Wir hoffen sehr, dass sich mit der Zusammenlegung des Gesundheits- und Sozialausschusses eine Verbesserung ergibt.

- Unsere politische Aufgabe ist es Maßstäbe für die Zukunft zu entwickeln unter Berücksichtigung der bekannten Veränderungen in der Altersstruktur.
- Für die nächsten Jahre sind erhebliche Investitionen im Klinikbau vorgesehen. Finanziert werden sollen diese Ausgaben zum erheblichen Teil aus Verkaufserlösen durch den Verkauf von Haar II.
- Besonders belastend wirken sich in allen Einrichtungen die Brandschutzmaßnahmen aus, deren Durchführung nicht aufgeschoben werden kann.

Erfreuliches gibt es auch aus dem **Kultur- und Schuletat** zu berichten

- Mit dem Etat 2009 können wir zum ersten Mal seit längerer Zeit eine nennenswerte Steigerung des Etats für Kultur und Schule verzeichnen.
- Ein wichtiges Projekt im Sonderschulbereich ist der **Ausbau von Johanniskirchen**. Dieser wird von der SPD-Fraktion uneingeschränkt begrüßt, auch wenn Rechtsstreitigkeiten lange Zeit zu einer Blockade geführt haben.
- Unerfreulich ist aber, dass wir im Schulbereich auf ca. 1,4 Mio € Kosten für die **Schülerbeförderung** sitzen bleiben, weil der Freistaat Bayern seinen Verpflichtungen hier nicht angemessen nachkommt.
- Im Bereich der Kultur wurden nicht zuletzt auf Initiative der SPD die **Mittel für Denkmalschutz** deutlich erhöht, z.B. durch Förderung von Einzelmaßnahmen mit einem Zuschuss bis 20%. Erfreulich ist auch die Mittelerhöhung für die Theaterförderung und Förderung von Musikinitiativen von jeweils 250.000 €.
- Dieser Weg der regionalen Kulturförderung, die das Brauchtum, aber auch Zeitgenössisches fördert, müssen wir nach unserer Auffassung konsequent weitergehen.
- Dazu zählt auch das **Projekt eines Arbeiter- und Industriemuseum** gemeinsam mit dem Lkr. Weilheim-Schongau Schritt für Schritt zu reali-

sieren. Dank der seit Anfang guten interfraktionellen Zusammenarbeit sind wir hier auf dem besten Weg.

- Bei interfraktionelle Zusammenarbeit komme ich zu meinem letzten aber sehr wichtigen Punkt, der kooperativen Zusammenarbeit von SPD und CSU im Bezirkstag und hier danke ich allen Kolleginnen und Kollegen herzlich für die durchwegs konstruktive und befruchtende Zusammenarbeit und den fairen Umgang miteinander.
Ich hoffe sehr, dass wir auch in Zukunft zum Wohle der Menschen die wir hier vertreten gute Entscheidungen treffen und uns trotzdem in unserer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit respektieren.
- Sich auf Kompromisse zu einigen heißt nicht immer gleicher Meinung zu sein, doch das Finden eines gemeinsam gangbaren Weges sollte wichtig bleiben.
- Wichtig ist uns aber auch der konstruktive Austausch mit den anderen Fraktionen, denn Anregungen aller Art beleben und bereichern die Entscheidungsfindung.

Ein letztes Wort zum Haushalt :

Die SPD – Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt und dem Stellenplan vollinhaltlich zu.

Ursula Bittner

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Anlage 3

Haushalt 2009

Anrede

Bevor ich mich mit dem Zahlenwerk und seinen Konsequenzen auseinandersetze und damit in Tradition mit den vergangenen Jahren den Haushalt politisch bewerten werde, erlauben Sie mir, zunächst der Kämmerei zu danken. Wie in jedem Jahr wurde uns ein stimmiges Zahlenwerk vorgelegt. Unser Kämmerer war im vergangenen Jahr kein Prophet als er uns vor der Absenkung der Umlage warnte. Wir „alten“ haben gewusst, welches Risiko wir mit der Absenkung eingehen. Die Realität hat uns eingeholt und wir müssen uns dieser Verantwortung stellen.

Der oberbayerische Bezirkstag ist bunter geworden. Erstmals seit über 50 Jahren muss sich die verwöhnte CSU damit abfinden, nicht schon im Vorfeld – quasi im Hinterzimmer – alle Entscheidungen treffen zu können, sondern den demokratischen Spielregeln folgen und sich Partner für Entscheidungen suchen.

Für uns stellt sich heute die Frage, hat sich etwas verändert, ist spürbar, dass wir nicht nur bunter sondern auch offener geworden sind?

Eine deutlich geschwächte CSU hat sich einen sog. Kooperationspartner gesucht, der in der vergangenen Amtsperiode bei den großen Entscheidungen – ich erinnere an die Klinikumstrukturierungen – nichts Besseres zu tun hatte, als „Opposition“ zu spielen. Jetzt werden diese „guten Entscheidungen“ der Mehrheit des Gremiums gelobt.

Wie schnell sich die Meinungen doch ändern.

Beide Partner betonen gegenüber der Öffentlichkeit die gemeinsame sozialpolitische Kompetenz. Diese haben Sie die anderen Gruppierungen dann auch gleich spüren lassen: Mit der Einführung eines Auszählverfahrens, dass die kleineren Gruppierungen an den Entscheidungsfindungsprozessen nicht mehr teilhaben lässt.

Besonders interessant ist dies, wenn man dann bereits kurze Zeit nach der konstituierenden Sitzung erleben darf, dass die CSU sich auf ihren Kooperationspartner nicht verlassen kann, sondern die sog. „kleinen“ braucht, um ihre Vorstellungen durchzusetzen.

Mit der „Harmonie“ ist es also nicht so weit her.

Man könnte dem Mehrheitsbeschaffer jedoch auch unterstellen, dass es ihm nur um einige Pöstchen gegangen ist, die Verantwortung mögen dann andere tragen. Wir werden die Entwicklungen aufmerksam beobachten und unsere Finger in die Wunden legen.

Budget 4

Selbstverständlich verbinden wir mit dem neu besetzten Bezirkstag eine Menge Erwartungen. Aber nicht nur wir, sondern insbesondere auch die Menschen, deren Interessen wir vertreten. Diejenigen, die nicht auf der sog. Sonnenseite stehen, die vielfältige Unterstützung benötigen. Wir wollen eine gesellschaftspolitische Debatte darüber „in welcher Gesellschaft wir leben wollen“ – und nicht nur die Abarbeitung des Tagesgeschäfts. Von diesem Bezirkstag muss ein Signal ausgehen, bei der Schaffung von Angeboten für Menschen mit Behinderung, für Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Angehörigen, für unsere älteren Menschen, für Menschen mit Suchterkrankungen – und das insbesondere in Zeiten der Rezession - Und damit bin ich auch gleich bei der größten Position in unserem Haushalt: dem Budget 4, das weit über 90 % der Mittel bindet. Mittel, die wir sinnvoll einsetzen müssen, die wir so einsetzen müssen, dass sie tatsächlich bei den Menschen ankommen, zu einer Verbesserung der Versorgungsstrukturen beitragen, Perspektiven eröffnen – und das unabhängig davon, ob jemand in der Landeshauptstadt München lebt, in Ingolstadt, in Starnberg oder in Altötting.

Nachdem es im letzten Jahr gelungen ist die sog. Sondertatbestände bei den Wohnheimen neu zu definieren und damit die Bedingungen für die Menschen mit Behinderung zu verbessern, gilt es nun auch die weiteren Bereich kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Die Frühförderung ist dabei nur ein „Kind“, dem wir unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Es kann nicht angehen, dass die Träger auf den gesamten Investitionskosten sitzen bleiben und erste Frühförderstellen vor der Schließung stehen. Sie wissen sehr genau, dass ein frühes Erkennen von möglichen Behinderungen, seelischen Erkrankungen, und die konsequente fachliche Förderung ebenso wie die Unterstützung der Familien ein wichtiger Baustein für die künftige Entwicklung der Kinder ist. Das zahlt sich für unsere Kinder, unsere Gesellschaft und im Übrigen auch mittelfristig für den Haushalt aus!

Bei den Beförderungsfahrten sind wir zu keiner befriedigenden Lösung gekommen. Nach dem ersten Erfahrungsbericht werden wir gezielt nachsteuern müssen, damit nicht diejenigen auf der Strecke bleiben, die auf Beförderung durch Spezialfahrzeuge angewiesen sind.

Die OBA-Dienste müssen umgehend Planungssicherheit erhalten. Wir sind gefordert, rasch verbindliche Strukturvorgaben zu erarbeiten, damit die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet werden können. In diesem Zusammenhang möchte ich auch an unseren Antrag zur Budget-Assistenz erinnern. Möglicherweise wären die OBA-Dienste die richtigen Partner zur Umsetzung.

In den Werkstätten für Menschen mit Behinderung besteht dringender Handlungsbedarf. Die Einstufung spiegelt nicht die Realität wider und bringt die Arbeitnehmer und die Träger in große Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche Entwicklung trägt ihren Teil dazu bei, dass noch mehr Menschen – auch solche, die bereits auf dem 1. Arbeitsmarkt gearbeitet haben – auf Werkstattplätze angewiesen sind.

Wir fühlen uns durch das Urteil des 8. Senats des Bundessozialgerichts vom 8. Dezember 2008 bestätigt. Mittagessen ist für Werkstattbesucher eine Teilhabeleistung und somit vom überörtlichen Sozialhilfeträger, d. h. den Bezirken zu bezahlen. Es ist mir zu einfach, sich hier auf „Verwaltungshandeln“ – wie auf der Verbandsversammlung durch den Präsidenten Hölzlein geschehen – herauszureden. Selbstverständlich ist es eine politische Entscheidung, ob der Zuschuss zum Mittagessen als Teilhabeleistung gewährt wird – wie es in anderen Bundesländern immer praktiziert und von uns gefordert wurde – oder ob man sich auf auslegbare Paragraphen zurückzieht.

Ich bin mir sicher, dass auch wir in den kommenden Jahren im Zusammenhang mit der Finanzkrise immer wieder in Rechtfertigungsdebatten hineingezogen werden. Erste Signale waren ja schon zu vernehmen; bei den im Sommer beschlossenen Ausbauplänen für die Tagesstätten, die SPDIs, die GPDis und die Zuverdienstarbeitsplätze soll gebremst werden. Wir dürfen unsere eigenen Beschlüsse nicht sofort wieder in Frage stellen, wenn dunkle Wolken am Himmel aufziehen. Wir dürfen gerade nicht in einzelnen Haushaltsjahren denken, sondern wir sind aufgefordert für die Zukunft zu planen und entsprechend zu handeln.

GSV

Das Gremium zur Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung muss im kommenden Jahr erste Modellprojekte auf die Beine bringen. Die entstandenen Papiere sind als Grundlagen sicher wichtig, aber nun muss es auch beweisen, dass es nicht nur Papiertiger produziert, sondern tatsächlich neue Wege findet und Schnittstellenproblematiken lösen hilft.

Die von uns so lange geforderte Sozialplanung wird ja nun auch von den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion nicht mehr als „Sozialismus“ verteufelt. Die Erkenntnis, dass nur mit fundiertem Zahlenmaterial tatsächlich Steuerung möglich ist, ist angekommen.

Die Bezirke müssen sich auf die Zukunft vorbereiten und Antworten für kommende Generationen geben können – das funktioniert nicht wenn alle in Haushaltsjahren denken!

Die Kliniken

Die Umwandlung der Rechtsform der Krankenhäuser ist nun abgeschlossen, auch für das letzte Haus, das Kinderzentrum wurde eine Lösung gefunden. Nun geht es daran, sich inhaltlich fortzuentwickeln und die Qualitätsstandards zu verbessern, sowohl für die Patienten und Patientinnen, als auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Die wichtigste Herausforderung wird sein, die Gerechtigkeitsdebatte zu führen. Beim Personal bedeutet dies, dass die Lohnspreizungen nicht zu weit auseinandergehen dürfen, dass die unteren Gehaltsgruppen nicht immer weiter in noch niedrigere Lohngruppen outgesourct werden (und die höheren Gehaltsgruppen sich Zulagen erkämpfen) Hierbei sind auch die Gewerkschaften gefordert, sich besonders derer anzunehmen, die sich nicht so gut artikulieren können.

Ebenso müssen sich die Krankenhäuser einer längerfristigen Personalplanung annehmen. Die Sicherheit eines Arbeitsplatzes spielt für die Lebensplanung eine fast noch größere Rolle als die Gehaltshöhe an sich. Dass dies bisher nicht in ausreichendem Maß geschehen ist, halten wir für verantwortungslos. Das, was wir im gesamten sozialen Bereich einfordern, benötigen wir selbstverständlich auch bei den Kliniken. Dort wo keine langfristige Planung betrieben wird, erhöhen sich die Risiken für die Kliniken enorm. Das kann dann auch nicht mit anderen Bereichen, wie einer

forensischen Ambulanz oder einer Bettenmehrung in der Sozialpsychiatrie, kompensiert werden.

Bei den Patientinnen und Patienten bedeutet die Gerechtigkeitsdebatte, dass sich die Krankenhäuser aller gesellschaftlichen Gruppen in gleichem Maße annehmen müssen.

Der Markt der Gesundheitsversorgung erfordert dabei unser besonderes Augenmerk. Derzeit entstehen neue Versorgungsstrukturen gerade im psychosomatischen Bereich. Zahlreiche Bewerber kämpfen um ihre Anteile und natürlich müssen sich auch unsere Häuser danach ausrichten. Nicht vergessen werden dürfen dabei aber die schwerstkranken Menschen. Bei aller Suche nach neuen Betätigungsfeldern müssen gerade auch in der Akut-Psychiatrie und den Abteilungen für die schwerst chronisch Kranken die Standards verbessert werden, und mit allen Anstrengungen muss dagegen gewirkt werden, dass sich eine ‚Rest-Psychiatrie‘ entwickelt, die man gerne der öffentlichen Hand überlässt, während sich die Privatversorgung auf die lukrativeren psychosomatischen Bereiche stürzt.

Das Qualitätsmanagement des KU-KBO hat diese Problematik bereits dankenswerter Weise im Rundschreiben der Verbände ausführlich thematisiert und wir hoffen sehr, dass sich unsere Häuser diesen Entwicklungen erfolgreich entgegenstellen können. (Mit unserer Unterstützung können sie rechnen).

Die Regionalisierung geht voran, Freilassing ist eröffnet – dennoch geht es uns manchmal noch viel zu langsam. Wie lange sollen sich die Verhandlungen mit FFB eigentlich noch hinziehen? Immer wieder werden neue Optionen geprüft, jetzt müssten endlich mal Nägel mit Köpfen gemacht werden und Entscheidung getroffen werden. Sie alle wissen, dass die Regionalisierung weiter fortgeschrieben werden muss. Zum einen um eine wohnortnahe Versorgung sicherzustellen, zum anderen weil wir wissen, dass viele Menschen erst dann bereit sind, sich in psychiatrische Behandlung zu begeben, wenn sie wohnortnah angeboten wird. Hier wird auch eine neue Klientel versorgt.

Forensiken

Mit der neuen Vereinbarung ist wieder Ruhe in die Debatte um eine mögliche Privatisierung der forensischen Kliniken in Bayern einkehrt. Was wir aus Baden-Württemberg hören, lässt nichts Gutes erahnen. Hier wurde zuletzt die Bewährungs-

hilfe privatisiert. Im Gegensatz zu den Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion setze ich auf starke bayerische Bezirke und nicht auf Landschaftsverbände.

Wir sind der festen Überzeugung, dass hoheitliche Aufgaben – und die forensischen Kliniken erfüllen hoheitliche Aufgaben – nicht privatisiert werden dürfen.

Klar ist, dass die Aufgaben der forensischen Kliniken nicht weniger werden. Auch hier spiegeln sich Verwerfungen unserer Gesellschaft wider. Ziel muss es immer sein, kranken Menschen Zugang zu therapeutischen Hilfen und eine Resozialisierung zu ermöglichen. Dazu gehören auch in die Zukunft weisende Modelle, forensische Ambulanzen und Wohngemeinschaften für psychisch kranke Straftäter.

Umwelt, Bauen und Energie

Die Ausführungen zu den Aufgaben in den Bereichen Umwelt, Bauen und Energie werden von Jahr zu Jahr dünner. Die Gewässer 2. Ordnung nahmen bis zur Aufgabenverlagerung einen wichtigen Teilbereich in Anspruch. Ob diese Entscheidung zur Verlagerung zum Wohle der Kommunen gewesen ist, wagen wir zu bezweifeln.

Umso mehr muss sich der Bezirk Oberbayern – wenn er seinem Anspruch gerecht werden will – wieder dem Natur- und Umweltschutz widmen. Sei es beim Ankauf und der Pflege schutzwürdiger Flächen, sei es bei der Sanierung von Gebäuden oder bei Neubaumaßnahmen. Wir interpretieren die Aufstockung um eine halbe Stelle in der Verwaltung durchaus als Signal in die richtige Richtung. Es fehlt aber nach wie vor an der Koordinierung innerhalb der Verwaltung. Unsere Fachleute müssen zwingend bei allen Baumaßnahmen, bei der Erstellung neuer Energiekonzepte und bei Fragen der Gebäudesanierung hinzugezogen werden. Es reicht nicht aus, dass Leitlinien erarbeitet werden, wenn diese nicht konsequent umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen bei bezirklichen Baumaßnahmen mit viel Engagement und Sachverstand nach sinnvollen Einsparmaßnahmen suchen. Schön wäre es, wenn die eingesparten Mittel unmittelbar in umweltpolitische Maßnahmen fließen würden.

Seit der konstituierenden Sitzung hat der Ausschuss einen klangvolleren Namen erhalten. Nachdem er die Wasserwirtschaft verloren hat, hat er die (erneuerbare) Energie dazugewonnen. Unsere Hoffnung, dass mit der Neubenennung des Ausschusses der Bedeutung erneuerbarer Energien Rechnung getragen wird, wurde

gleich in der ersten Sitzung des Ausschusses bei der Heizungsanlage in Garmisch enttäuscht.

Wir fordern Sie auf, die Klimaziele ernst zu nehmen und auf 100 Prozent erneuerbare Energien zu setzen. Wer, wenn nicht die „öffentliche Hand“ muss hier beispielhaft vorgehen? Das tut auch der angeschlagenen Konjunktur gut.

Umstellung der Güter!

Wir erkennen an, dass die Güter schwarze Zahlen schreiben. Wir fragen uns jedoch, ob die Güter in der jetzigen Form noch zeitgemäße Einrichtungen des Bezirks Oberbayern sind. Wenn sie nur noch reine Produktionsstätten für Industrialkohol sind, ohne Arbeitsplätze für die Patientinnen und Patienten zur Verfügung zu stellen, wenn die Früchte der Landwirtschaft nicht mehr auf den Tellern der Patientinnen und Patienten landen, dann ist diese Frage gerechtfertigt. Für uns würden die Güter wieder eine neue Qualität bekommen, wenn wir sie auf ökologischen Landbau umstellen und dort beispielsweise auch Arbeitsprojekte ansiedeln würden. Schwarze Zahlen allein überzeugen uns nicht – wir wollen ökologische Güter, die in Sachen Natur- und Landschaftsschutz vorbildlich sind.

Kultur

Wie in – fast - jedem Jahr gibt es auch für 2009 positives aus dem Bereich „Kultur“ zu berichten. Gemeinsam mit Ihnen allen freuen wir uns über die Aufstockung der Mittel im Bereich der Denkmalpflege. Wer, wenn nicht der Bezirk Oberbayern muss gemeinsam mit den Kommunen und der Regierung Sorge dafür tragen, dass Denkmäler erhalten werden.

Die Entwicklungen im Schafhof und in Kloster Seeon begleiten wir weiter kritisch. Wir sehen im Schafhof durchaus Potentiale und zählen uns nach wir vor zu den Optimisten. Die nötigen Maßnahmen in Seeon werden uns in den nächsten Jahren begleiten – sie sind notwendig.

Unsere Freilichtmuseen Glentleithn und Amerang präsentieren sich weiter in gutem Licht und sind regionale Attraktionen.

Ebenso unsere Fachberatungen und das Volksmusikarchiv. Unser Imkereifachberater war in diesem Jahr wieder besonders gefordert. Ein großes Bienensterben, verursacht durch die unsachgemäße Anwendung des Pestizids Clothianidin verursachte enorme Schäden und führte zu großer Verunsicherung bei den Imkern.

Mit Erstaunen konnte man dem aktuellen „Bezirksblatt“ entnehmen, dass es konkrete Planungen für ein Industriemuseum, mit dem vermutlichen Standort Erdfunkstation Raisting, geben wird. Wir können uns durchaus eine Realisierung eines Industrie- und Arbeitermuseums vorstellen – den Standort Raisting halten wir für wenig geeignet.

Der Bezirk Oberbayern zeigt sich auch in diesem Jahr als verlässlicher Partner des Bezirksjugendrings. Dazu gehören auch die erfolgreiche Medienfachberatung, die immer mehr an Bedeutung gewinnt und die Popintendanz.

Unser Kulturetat ist im Vergleich zu den umfangreichen Leistungen für die sozialen Aufgaben verschwindend gering. Lassen sie uns gemeinsam Sorge dafür tragen, dass auch in Zukunft eine konstante, verlässliche Förderung durch den Bezirk Oberbayern erfolgen kann. Dabei legen wir großen Wert auf vielfältige projektorientierte Förderung.

Ich freue mich darauf, im kommenden Jahr bunte oberbayerische Kultur- und Jugendkulturtage in Starnberg, zu erleben.

Zum Haushalt:

Erstaunlich ruhig verliefen die vorberatenden Haushaltsdebatten. Es gibt durchaus nachdenklich stimmendes. Trotz nochmals steigender Umlagekraftentwicklung gelingt es nicht, ohne Steigerung des Hebesatzes einen einigermaßen soliden Haushalt vorzulegen. Das ist verschiedenen Umständen geschuldet. Zum einen der bereits erwähnten Tatsache, dass wir die Umlage im vergangenen Jahr nicht hätten absenken dürfen. Zum anderen spielt die Rücknahme der Delegation und die Aufgaben- und Fallzahlmehrung eine wichtige Rolle.

Die FAG-Mittel sind uns ein Dorn im Auge. In jedem Jahr gibt es das bange Hoffen auf die Verhandlungen mit der Bayerischen Staatsregierung. In welcher Höhe werden in diesem Jahr die FAG-Mittel „ausgeschüttet“? Und im Anschluss an die Verhandlungen können sich dann die Bezirke, die sich dann nicht mehr unbedingt als Partner verstehen, über die Verteilung streiten.

Ab 2010 werden wir dies deutlich zu spüren bekommen. Die Bundestagswahlen sind vorüber und die bayerische Staatsregierung wird Farbe bekennen müssen, wie sie die Belastungen aus dem Desaster mit der Landesbank lösen will. Der kommunale Finanzausgleich ist in Gefahr! Ich fordere Sie auf, die Debatte über die Finanzaus-

stattung der Bezirke erneut aufzunehmen. Wir brauchen eine solide Grundlage, die ein vernünftiges Planen ermöglicht.

Die Konsequenzen des derzeitigen Systems bekommen die Landkreise und kreisfreien Städte und im Nachgang die Städte und Gemeinden zu spüren. Alles was „noch offen“ ist, wird über die Bezirksumlage finanziert, frei nach dem Motto „Den letzten beißen die Hunde“. Wenn wir auch in Zukunft von den FAG-Mitteln abhängig sind, heißt das nichts anderes, als dass Krisen wie die jetzige (die Landesbank und die Konjunkturkrise lassen grüßen) sich im Sozialhaushalt niederschlagen.

Bei der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche sind diesmal nicht die Bezirke sondern die Bezirksregierungen in Frage gestellt worden. Interessant, dass unser Vorschlag, die Bezirksregierungen und die Bezirke zusammenzulegen und die Präsidentin bzw. den Präsidenten direkt wählen zu lassen, direkt aus unserem Wahlprogramm übernommen wurde. Wir freuen uns auf eine konstruktive Debatte und erkennen an, dass die CSU lernfähig ist.

Machen wir uns nichts vor, in den nächsten Jahren werden wir wieder mit Sparhaushalten zu kämpfen haben. Wenn es uns im kommenden Jahr nicht gelingt, auch mit Hilfe unseres Steuerungsgremiums tatsächlich sinnvoll zu steuern (und zwar qualitativ und ökonomisch) dann wird es düster.

Dieser Haushalt steht auf wackeligen Füßen. Der Hebesatz wird weniger erhöht, als nötig. Dennoch wird die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dem Haushalt zustimmen. Der zur Abstimmung stehende Vorschlag wird den haushaltssystematischen Problemen gerecht. Der Hebesatz ist gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten vertretbar.

Dank

Bedanken möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KU mit den Krankenhäusern und unserer Einrichtungen. Die Zusammenarbeit war unkompliziert und gut.

Mein Dank gilt ebenso herzlich dem Gesamtpersonalrat.

Bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich mich für das gute Klima bedanken.

Ihnen allen wünsche ich eine besinnliche und erholsame Zeit „zwischen den Jahren“. Vielleicht gelingt es Ihnen, die „staade Zeit“ nachzuholen.

Ihnen allen wünsche ich ein frohes, gesundes und friedliches Jahr 2009

Anlage 4

Privatisierung kommunaler Unternehmen, Unterstützung Revanchistischer NS-Verherrlicher und Ausgrenzung der LINKEN – ein NEIN zum Haushalt.

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen

1. Bevor ich etwas zum vorliegenden Haushaltsplane sagen werde, möchte ich doch etwas zum vorherrschenden Politikstil im Bezirkstag und seinen Ausschüssen erwähnen. Auf der einen Seite erleben wir von der LINKEN durchaus, dass auf der persönlichen Ebene freundliche und offene Gespräche geführt werden. Auf der anderen Seite ist – vor allem von CSU und SPD, die hier eine Koalition gebildet haben – die **Arroganz der Macht** deutlich zu spüren. Die CSU hat scheinbar ebenso wenig aus ihrer Wahlschlappe gelernt wie die SPD. Nach wie vor verwechselt der schwarze Block Partei- und Staatsfunktionen. So ist Frau Haderthauer, CSU-Sozialministerin, zu ihrem Amtsantritt nichts Besseres eingefallen, als die Beamten ihres Ministerium darauf hinzuweisen, dass es ihr darum gehe, die CSU wieder über die 50%-Marke zu hieven. Und Herr Fahrenschon, neuer Finanzminister in Bayern, schenkt auf einer CSU-Weihnachtsfeier seiner Heimatgemeinde Neuried ein *Goldenes Buch*, wo sich prominente Gäste eintragen können. Er selbst – weder prominent noch Gast, sondern Bürger – wird sich als erster darin eintragen. Im Bezirkstag geriert sich der neue Präsident Herr Mederer bereits als kleiner, nach links beißender, Alleinherrscher: Den Antrag der LINKEN zur Frage der Versorgung von Kriegsoptionen, die freiwillig der SS angehörten, wollte er am liebsten von der Tagesordnung streichen. Und obwohl durch die Geschäftsordnung des Bezirkstags vorgeschrieben – er lädt die Antragsteller nicht zur Begründung ihres Antrags. Auch alle bisherigen drei Anfragen der LINKEN von Anfang des Monats (zum Versand einer patriotischen Bayernzeitung, zur Verschleppung der Protokolle und zur Patenschaft des Bezirks für die Donauschwäbische Landsmannschaft) hat er unbeantwortet gelassen. Die KollegInnen der SPD im Bezirk, die nach 40 Jahren Alleinherrschaft der CSU die Chance hatten, mit den VertreterInnen einer bunten Mehrheit (ÖDP,

Bayernpartei, FW, FDP, GRÜNE, LINKE) eine Politik jenseits der schwarzen Hegemonie zu machen, hat sich an die CSU verkauft: für den Posten einer stellvertretenden Bezirkstagspräsidentin und ein paar Ausschusspositionen. Die LINKE wird aber dafür sorgen, dass der Bezirkstag kein Austragstüberl für die überalterten und abgehalfterten CSU-KommunalpolitikerInnen bleibt, sondern ein Forum offener und streitbarer Politik.

2. *Zum Haushalt:* Meine sehr verehrten Damen und Herren. Bisher waren hier nur Worte zu hören über die kommende Finanzkrise und die unvorhersehbaren Entwicklungen in unserer Gesellschaft. Vielleicht hätte es Ihnen – von der SPD und der CSU – nicht geschadet, bei Karl Marx (er ist wohl noch nie hier im Gremium erwähnt worden) nachzulesen. Der **Kapitalismus ist die geplante Planlosigkeit** und wer hier von langfristiger Planung und gesellschaftspolitischer Steuerung spricht, der vergisst, dass die ökonomischen Prozesse, von denen auch der Bezirk letztlich abhängt, nicht von uns, nicht von Ihnen und schon gar nicht vom Hebesatz des Bezirks Oberbayern abhängt. Um das Positive vorweg zu erwähnen: Zwei Haushaltspositionen sind aus der Sicht der LINKEN unbedingt zu befürworten: Da ist zum einen die **oberbayerische Suchthilfepolitik**, die mit einer Erweiterung der Drogen-Kontaktläden dazu beiträgt, dass Süchtige nicht als kriminelle Täter abgeurteilt werden, sondern als Mitglieder der Gesellschaft, die ein niedrigschwelliges Hilfeangebot brauchen. Allerdings muss dazu gesagt werden: Diese Politik richtet sich gegen die bayerische Staatsregierung und die CSU-Drogenpolitik in Bayern seit den Zeiten Peter Gauweilers – für die Landes-CSU ist es ein Muss, die Süchtigen zu bekämpfen und nicht die Ursachen der Sucht, die in vielerlei gesellschaftlichen Verwerfungen liegt. Wir begrüßen ebenso, dass die **sozialpsychiatrischen Angebote** eine Vielfalt erreicht hat, die eine Ent-Stigmatisierung der psychisch Kranken und eine Inanspruchnahme einer breiten Palette von Hilfen ermöglicht.
3. Allerdings sind wir strikte **Gegner der beginnenden Privatisierung**, wie sie vom Bezirk durch Ausgründungen der Eigenbetriebe in gemeinnützige GmbHs vorangetrieben werden. Unser Antrag, das Kinderzentrum nicht auszugründen, wurde einstimmig im Bezirksausschuss abgelehnt. Damit ist für eine Politik der **Tariffucht** in der neuen GmbH, dem **Outsourcing** von Teilen der neuen GmbH und einer möglichen **Insolvenz** eines ehemals kommunalen Betriebs

die Türen ein Spalt geöffnet worden. Im Bezirksausschuss am 26.11.08 argumentierte die SPD-Bezirkstagsvizepräsidentin Bittner für eine Ausgründung mit den Worten: „Niedrige Löhne haben mit einer Ausgründung gar nichts zu tun. Das hat mit der GmbH gar nichts zu tun. Aber es gibt einen Bedarf, etwas zu tun und das zu verbessern“. Meine Damen und Herren: Wenn nichts mit nichts zu tun hat, aber etwas zu verbessern ist, ohne dass Frau Bittner wüsste, warum es schlechter wurde, dann ist auch klar, warum die SPD und die GRÜNEN bisher nichts getan haben. Denn die Grundlage für die niedrigen Löhne in den ehemaligen Bezirkskliniken (Bereiche Reinigung und Küche) ist die Gründung einer GmbH und das darauf folgende *Outsourcing* von Bereichen, in denen vor allem Frauen und MigrantInnen menschenverachtende Löhne erhalten.

4. Die LINKE stellt im Bezirkstag drei Anträge, die heute eine besondere Aktualität erhalten haben nach dem Anschlag eines Neonazis auf den Passauer Polizeichef. Der bayerische Staat und die CSU sind seit 50 Jahren auf dem rechten Auge blind. Ihr Hauptziel ist und bleibt – so formulierte es ihr Parteichef Erwin Huber vor der Landtagswahl – der Kreuzzug gegen die LINKE. Und immer dort, wo Neonazis aktiv sind, in Mittenwald, in Kolbermoor, in München: Die CSU sieht gemeinsam mit den entscheidenden Kriminalexperten immer nur Einzeltäter am Werk und alle Morde und Anschläge hätten nichts mit **Rechtsextremismus und Neofaschismus** zu tun. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zwei Dinge erzählen, die illustrieren, wie sehr ich mich als Bayer im Ausland dafür schämen muss, in diesem Bundesland zu leben. Erstens: Ich fahre fast jährlich mit StudentInnen nach Auschwitz und Krakau, wo wir das ehemalige deutsche Vernichtungslager besuchen. Die in Auschwitz gebaute Internationale Jugendbegegnungsstätte ist von der Bundesrepublik Deutschland, vom Bundespräsidenten und allen Bundesländern finanziert worden. Nur ein Bundesland hat den Zuschuss verweigert für diese Art von Aussöhnung: BAYERN. Zweitens: Im Norden Spaniens liegt an der Mittelmeerküste der Ort *Port Bou*. Dort hat sich der deutsche, jüdische Philosoph Walter Benjamin das Leben genommen, weil ihm die Fluchtwege im francistischen Spanien abgeschnitten schienen. Der israelitische Künstler Dani Karavan hat in *Port Bou* ein Denkmal-Ensemble errichtet, das vom Bundespräsident und allen Bundesländern Deutschlands finanziert wurde. Nur ein Bundes-

land hat den Zuschuss verweigert: BAYERN. Die eigene faschistische Geschichte negieren, auf der anderen Seite aber einer Sudetendeutschen Landsmannschaft Zuschüsse zu bezahlen, obwohl diese bis heute mit Neofaschisten zusammenarbeitet: das nenne ich Kampf gegen „Rechtsextremismus“.

Die CSU hat hier im Bezirkstag als Referenten für Kultur, Schulen und Museen den Mann der *Bayernpartei*, Hubert Dorn, gewählt. Sie hat ihn „gekauft“, damit er mit anderen kleinen Gruppen keine Ausschussgemeinschaft bildet. Dorn ist also der kulturpolitische Repräsentant des Bezirks Oberbayern. Auf der Jahresversammlung seiner Partei lud er dieses Jahr den stellvertretenden Vorsitzenden der Friesenpartei, Dietmar Riekens, ein. Der sprach von einem „kulturellen Genozid“ in Hinblick auf die Tatsache, dass unsere Kinder als erste Sprache Deutsch und nicht Friesisch oder Bayrisch lernen. Dorn selbst hetzt vor allem seit Jahrzehnten gegen Migranten. So sprach er auf einer BP-Versammlung in Truchtlaching Anfang 2008 davon, dass ein „unbelehrbares Schlägerpotenzial“ zu „60-80% aus dem Migrantenumfeld“ komme. Doch Dorn hat schon vor 10 Jahren mit Rechtsextremisten anderer Parteien gemeinsame Sache gemacht: bei der *Deutschen Partei* 1998 vom bayerischen Patriotismus, 1994 bemängelte er, dass ihm „Bayern viel zu multikulturell“ (SZ 8.6.1994) sei und 1991 trieb er sich bei den *Unabhängigen Ökologen Deutschlands*, die ebenfalls am rechtsextremen Rand agierte, herum.

Wer glaubhaft gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus auftreten will, kann nicht gleichzeitig ignorant gegenüber solchen Tatsachen bleiben. Der Bezirk Oberbayern – allen voran die CSU und die SPD – dulden solche Entwicklungen und sind mitverantwortlich für das weitere Wachsen eines schwarz-braunen Sumpfs. Die LINKE dagegen ist die einzige Partei, für die ein „nie wieder“ kein Lippenbekenntnis ist, sondern die konkrete Taten fordert.

5. Die SPD hat den Bezirkstagswahlkampf mit dem Slogan „Ein starker Partner für die Schwachen“ geführt; übrig geblieben ist „ein schwacher Partner für die Schwarzen“. Oberbayern könnte bunt werden. Es gibt eine Alternative zur neoliberalen und reaktionären Politik der CSU. Der heute vorliegende Haushalt ist die Fortsetzung der alten CSU-Politik, welche von der SPD unterstützt wird. Aus diesem Grund lehnen wir den Haushaltsplan für 2009 ab.

Prof. Dr. Klaus Weber

Beate Jenkner

Jauch
J. Heilmann-Hall

Haushalts

**Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,**

Für die ödp möchte ich einige Anmerkungen zu diesem Haushalt und zu der Situation in diesem Bezirkstagsgremium machen.

Nach der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten und der Lektüre des Koalitionsvertrages können wir davon ausgehen, daß der Bestand der Bezirke derzeit nicht gefährdet ist.

Angesichts der sich ausbreitenden finanziellen Not, gibt es derzeit keine bessere Alternative die sozialen Herausforderungen zu bewältigen.

Ich als Mitglied der ödp bin ich mit meiner Partei für den Erhalt der Bezirke.

Wir fordern jedoch dringend eine weitere Reform mit zusätzlicher Aufgabenerweiterung.

Um als Bezirk langfristig zu überleben und Kosten für den Staatshaushalt zu sparen, sollten wir gemeinsam über unpopuläre Dinge nachdenken.

Zum Beispiel die Aufgabenübernahme der Regionalen Planungsverbände die Federführung für den ÖPNV die Hauptamtlichkeit des Bezirkstagspräsidenten und ohne jemandem zu nahe zu treten das Zusammenlegen der Regierung von Oberbayern und Bezirk.

**Dies stand bereits 2003 in unserem Wahlprogramm –
Offensichtlich wurde es gelesen!**

Um die Arbeit des Bezirks bedarfsgerecht zu erfüllen brauchen wir mehr staatliche Mittel.
Die FAG Mittel sind ungerecht verteilt und der Verteilungsmodus muss Dringend geändert werden.

Bei steigenden Kosten verwalten wir nur den Bestand, mindern jedoch nicht den Mangel. Um weiter unserem Auftrag gerecht zu werden, um menschenwürdige Pflege- Förderung und Betreuen, von Hilfsbedürftigen sicher zu stellen ist dringender Handlungsbedarf gegeben eine dauerhafte finanzielle Absicherung zu erreichen.

In vielen gemeinsamen Sitzungen mit den Freien Wohlfahrtsverbänden wurden die Sondertatbestände neu erarbeitet und um bessere Rahmenbedingungen für behinderte Menschen gekämpft.

Die Presse, insbesondere unser Pressespiegel ist voll mit Anklagen menschenunwürdiger Pflege in Heimen.

Das Leid und die menschliche Not in den Heimen nimmt mit zunehmender Überalterung und oft fehlender Familienkontakte zu. Der Pflegeschlüssel und die Leistungen der Pflegeversicherungen sind nicht den Bedürfnissen der Multimorbidität angepasst worden.

Um Schwerpflegebedürftige zu Versorgen werden Pflegeleistungen nicht erhöht, sondern minimiert. Anstatt Essen einzugeben, was zeitaufwendig ist, werden Magensonden gelegt. Anstatt zu mobilisieren und die Patienten wenigsten zu den Toilettengängen aufstehen zu lassen, werden Dauerkatheter gelegt. Anstatt das Personal in den Nachtwachen aufzustocken werden Schlaf- und Beruhigungsmittel verabreicht.

Wir sollten Häusern denen es gelingt die Pflegestufen zu verringern belobigen und nicht bestrafen. Um Qualen und Kosten von Wochenendverlegungen ins Akutkrankenhaus zu verhindern sollten große Heime einen Heimarzt anstellen können.

Um Millionen von Arzneimittelkosten zu sparen sollten Heimapotheiken Kleinmengen verabreichen dürfen.

Wir verabschieden heute den Haushalt 2009, er enthält die Quittung Für das unvernünftige und ängstliche Vorgehen wieder besseren Wissen bei der Senkung der Umlage im vorigen Jahr.

Die Kommunalwahl warf ihre Schatten und die Mehrheitspartei hoffte auf

zusätzliche Stimmen.

Die Rechnung ging nicht auf - das Geschenk zeigte keine Wirkung und beschert uns heute große Schwierigkeiten! -

Ohne die unselige Senkung hätten wir fast eine Punktlandung erreicht.

Die jetzt notwendige Erhöhung würde den Haushalt genehmigungspflichtig machen, -also werden wir unter dieser Summe bleiben-

Uns liegt ein Haushaltsentwurf vor, ohne Puffer, wohlwissend, dass wir die Mindestrücklage nicht mehr erwirtschaften können, denn ab 2010 droht unserm Land das „Heulen und Zähneknirschen“.

Verantwortungslose Landespolitiker haben in Ihrer Gier und Großmannssucht das Land an den Rand einer Pleite manövriert.-

Eine Pleite die die uns anvertraute Klientel zu spüren bekommen wird.

Menschen die unsere Hilfe brauchen werden zum Spielball werden Angesichts der leeren Kassen!

Mehr denn je braucht der Bezirk Bezirksrätinnen und Bezirksräte

Mit umfassender und vielseitiger Kompetenz.

Die Mehrheit dieses Gremium war am 23.Oktober der Meinung, dass es bestimmte Mitsstreiter nicht braucht.

Dass der Wählerwille auch bei der erfolgten Auszählung nach St.Lague-Shepers gewährleistet ist.

Erstmals seit 4 Jahrzehnten hätte die SPD die Chance gehabt, das „Gesetz des Handels“ in die Hand zu nehmen und die vielbeschworene Demokratie zu wagen.

Statt dessen paktierte sie mit der CSU und wählte das Auszählungsverfahren das die kleinen Parteien von den Ausschüssen ausschloss.

Und das geschah ohne Not angesichts der stabilen Mehrheit!

Der frühere CSU Chef Erwin Huber sagte am Wochenende in Tutzing:

Die CSU habe an der „Die Arroganz der Macht „ gelitten - diese Leiden scheint noch nicht geheilt! -

Gepaart mit der der SPD vertrauten „Demut der Ohnmacht“ ergab es für dieses Gremium eine unheilige Allianz gegen die kleinen Parteien im Bezirkstag.

Von dem von Seehofer beschworenen „dramatisch anderen Politikstil“ ist hier noch nichts zu spüren! -

Im Landtag scheint man in Sachen Demokratie schon einen Schritt weiter zu sein.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart:

Ich zitiere:

Wir werden in den Wahlgesetzen für die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge in den Gemeinderäten, Kreistags und Bezirkstagen das Hare Niemeier Verfahren einführen“

Alle Kolleginnen und Kollegen könnten ihre demokratische Gesinnung unter den Beweis stellen, indem wir heute diesen Passus in unsere Geschäftsordnung aufnehmen.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde viel Positives für den uns anvertrauten Personenkreis beschlossen.

Der Haushalt weißt dementsprechende Mittel aus.

Ich bin auch froh, dass das Gremium zur künftigen „Gesundheits- und Versorgungsplanung“ installiert wurde, nachdem inzwischen viel Papier produziert wurde, hoffe ich, dass baldmöglichst aus den Erkenntnissen Taten folgen für alte, demente pflegebedürftige, behinderte, seelisch und geistig kranke Menschen.

Ich bin dank der FDP wieder Referentin für das Schulzentrum in Johanneskirchen.

Die Umfangreiche Sanierung und der dringend notwendige Bau von Werkstätten ist beschlossen,

Ich bin froh, dass die Weichen gestellt sind.

Ein Team von hochmotivierten Mitarbeitern aus Leitung, Verrwaltung, Schulleiter, Lehrern und Ausbildern freut sich auf verbesserte Arbeitsbedingungen und optimale Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Hör und Sprachgeschädigten Jugendlichen, mit dem Ziel sie nach der Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt entlassen zu können.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere bei geistig schwachen und behinderten Jugendlichen, sollten wir uns überlegen zusätzliche Arbeitsstellen zu schaffen. Zum Beispiel bei der Umwandlung der Bezirksgüter zu ökologischen Vorzeigebetrieben.

Die Produkte könnten für den Eigenverbrauch in den Einrichtungen verwendet werden und im Rahmen der Regionalvermarktung oder im Hofladen vermarktet werden. Das Gleiche könnte im größeren Umfang als bisher in der Glentleiten und in Amerang geschehen.

Um den drohenden Pflegenotstand gewachsen zu sein, sollten wir wieder verstärkt auf die Ausbildung von Pflegekräften in unseren Häusern setzen.

Ebenso auf die Fort- und Weiterbildung von Ärzten, Mitarbeitern und Pflegekräften in Gerontopsyatrie.

Notwendig ist aber auch für eine gute Versorgung eine Erhöhung der Vergütungen.

Zu den Haushaltsstellen im Bereich Kultur möchte ich bemerken, dass die Folgekosten der Museen uns eine Lehre sein sollten, wenn wir neue Museen planen. Ich habe ja eine große Sympathie für diese Einrichtungen, doch angesichts der Haushaltslage sehe ich keine Chance ein Industriemuseum zu realisieren.

Der Schafhof ist für mich ein aktuelles Beispiel wie aus einer Fehlplanung ein dauerhaftes Desaster wird. Ich glaube nicht mehr an einen Erfolg und befürchte das viel Geld in den Sand gesetzt wurde.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen bislang gab es quer durch die Parteien und Fraktionen ein erfreuliches Miteinander.

Nicht selten wurden gemeinsame Lösungen erarbeitet.

Ich hoffe sehr dass auch in Zukunft nicht Parteipolitik sondern, Sachpolitik im Vordergrund unsrer Arbeit steht.

Wir der Bezirk Oberbayern und alle Bayerischen Bezirke stehen vor großen Herausforderungen.-

Um diese zu bewältigen brauchen wir auch ein vertrauensvolles Zusammenwirken mit der Verwaltung.

Für das vergangene Jahr bedanke ich mich bei den Verwaltungsspitzen für die offene, informative und sachliche Zusammenarbeit.

Mein besonderer Dank gilt dem Kämmerer Herrn Rössler und seinen Mitarbeitern für den Haushaltsentwurf und seine offene Informationsarbeit.

Ich werde dem Haushalt zustimmen und bin davon überzeugt, Bayern braucht die Bezirke auch in Zukunft.

Und hoffe auch in Zukunft mitarbeiten zu können!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Johanna Schildbach –Halser
Bezirksrätin**

München 18.Dezember 2008

Es gilt das gesprochene Wort.

Anlage 6

Sitzung Bezirkstag am 18.2.2008

Haushaltsrede

Josef Loy

Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bezirkstag von Oberbayern

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,

verehrtes Präsidium,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

das sich zu Ende neigende Jahr hat eine ganze Reihe von politischen und vor allem wirtschaftlichen Veränderungen beschert. Konnten wir vor einem Jahr noch aus dem Vollen schöpfen, so hat uns die Finanzwelt in den letzten Monaten mit aller Wucht in eine Wirklichkeit zurückgeholt, die nur mit größter Anstrengung gemeistert werden kann. Dass dabei die politische Verantwortung immer zuerst kritisch betrachtet wird, ist nur die halbe Wahrheit. Hinter all den finanziellen Geschäften stehen Personen aus der Banken- und Wirtschaftswelt. Es gibt also eine Gesamtverantwortung zu benennen.

Die Auswirkungen auf unsere kommunale Ebene können wir heute nicht ermessen und bewerten. Was wir wissen und in unserem Umfeld täglich erleben und erfahren lässt die Zukunft nicht gerade hoffnungsvoll erscheinen. Wir erwarten alle, dass die zu treffenden Entscheidungen und Weichen so gestellt werden, dass unser Land, unsere Mitmenschen mit Zuversicht und Sicherheit ihre Zukunft meistern können.

2009 und 2010 erwarten wir trotz der finanziellen und wirtschaftlichen Einbrüche eine ausreichende Finanzausstattung der kommunalen Ebenen und somit auch für uns im Bezirk Oberbayern. Aber wir müssen uns gerade in den kommenden Monaten auf die Zukunft vorbereiten.

Das bedeutet für uns eine bedarfsgerechte Ausgabenpolitik, die Überprüfung unserer Entscheidungen hinsichtlich Notwendigkeit und Finanzierbarkeit. Dabei muss die laufende Belastung aller derzeitigen und künftigen Leistungen immer mit einbezogen werden.

Meine verehrten Damen und Herren,

auch die Wahlen im Frühjahr und Herbst 2008 waren voll von Überraschungen und für den einen oder anderen eine ungewöhnte und neu zu bewältigende Herausforderung. Unsere Fraktion hat sich mit den Sozialdemokraten in einer Kooperation zusammengefunden. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass unsere Zusammenarbeit zum Wohl unseres Bezirkes und seiner Aufgaben geschieht und nicht von ideologischen Auseinandersetzungen bestimmt wird. Dafür danke ich meiner Fraktion und den Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion.

Heute haben wir gemeinsam einen Haushalt für 2009 abzustimmen. Dafür legen wir die Grundlagen und die Ausstattung für Aufgaben und Verpflichtungen im kommenden Jahr fest. Die Kämmerei hat dazu ein umfassendes Haushaltswerk mit sieben Budget ausgearbeitet, aufgestellt und zur Abstimmung vorgelegt. Ich darf die Gelegenheit nutzen und Herrn Rössler, unserem Kämmerer, mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken für die Vorbereitung, die Überwachung der finanziellen Machbarkeiten und die Planung der künftigen Maßnahmen und Verpflichtungen.

Wie sehen die Grundlagen für 2009 aus? DieFAG-Verhandlungen sind abgeschlossen. Die Bezirke erhalten wie 2008 auch für 2009 wieder 580 Mio €. Unser Bezirk, erhält davon gerade noch 65 Mio €; das sind ca. 11,2% der gesamten Mittel. Begründet ist das im derzeitigen Verteilerschlüssel, in der gestiegenen Steuer- und Umlagekraft.

Unberücksichtigt oder zu wenig einbezogen in die Verteilung bleibt die Realität in Oberbayern. Die erheblichen Soziallasten, die Einwohnerzahlen und die notwendigen Steigerungen im Bereich der Eingliederungshilfe. Hier haben wir gemeinsam die Aufgaben uns für Überprüfungen und Veränderungen der Finanzausstattung von Oberbayern einzusetzen.

Die Auswirkungen der Popularklage führt ja zu einer gesetzlichen Grundlage die bis Ende 2009 erarbeitet sein soll. Bei der Ausgestaltung müssen die Bezirke sich von Anfang an aktiv beteiligen. Wir erfüllen zu weiten Teilen einen gesetzlichen Leistungsauftrag. Dazu brauchen wir auch die entsprechende Finanzausstattung. Den größten Teil davon erheben wir von unseren umlagezahlenden Landkreisen und kreisfreien Städte, sowie der Landeshauptstadt München. 986,0 Mio. € wird die Bezirksumlage für 2009 betragen; da sind die 65,2 Mio.€ FAG-Zuweisungen gerade mal 6,6%. 2005 waren aus 540 Mio.€ noch

151 Mio.€ an den Bezirk überwiesen worden. Dieses Verhältnis ist trotz aller Solidarität und notwendigen Finanzausgleichsleistungen für alle Bezirke nicht mehr stimmig. Auch die Höhe der FAG-Mittel muß an die Steigerung der Sozialausgaben angepasst werden.

Meine Damen und Herren,

jetzt blicken wir in die einzelnen Aufgabenbereiche.

In der zentralen Verwaltung beträgt der Zuschussbedarf 16,8 Mio.€. Dabei sind die Tarifsteigerungen und die zusätzlichen Stellen in der Sozialverwaltung für Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe und die Rücknahme der Delegationsaufga-

ben eingerechnet. Wir in der CSU-Fraktion haben uns sehr intensiv mit den Personalausgaben und Besetzungen beschäftigt und auch entsprechend gehandelt. Dabei bedanken wir uns bei der Stabstelle für die gute Vorbereitung und bitten alle betroffenen Sachgebiete auch künftig um verantwortungsvolle Bewertung der Personalausstattung.

Das größte Budget und unsere Hauptaufgabe sind die Leistungen im sozialen Bereich. Hier steigt der ungedeckte Bedarf gegenüber 2008 um 104 Mio.€. 985 Mio.€ benötigen wir im sozialen Bereich damit wir unseren Verpflichtungen an alle Leistungsempfänger, an alle vom Schicksal betroffenen Menschen, nachkommen können. Dabei liegt uns besonders am Herzen, dass wir mit Menschlichkeit und Respekt den Mitmenschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause sind, begegnen.

Die Steigerungen im sozialen Bereich liegen insbesondere in der Anhebung für die Pflegesätze, infolge der Tarifierhöhungen, den höheren Energiekosten. Der Anstieg der Fallzahlen in der Hilfe zur Pflege und in der Eingliederungshilfe ist ungebrochen. Die Zusammenführung der ambulanten und stationären Eingliederungshilfe bei den Bezirken soll die künftigen Anforderungen in diesen Bereichen besser koordinieren und gesamtverantwortlich gestalten. Dabei setzen wir auf den Ausbau ambulanter Dienste und die Verknüpfung von Ambulanz und stationärer Unterbringung in den Einrichtungen.

Eine Unterbringung in familiärer Umgebung ist, wo immer aus pflegerischer Sicht möglich, zu unterstützen und zu fördern. Dazu sind Konzepte notwendig und schon in Vorbereitung. Wir setzen dabei auf die Planungsarbeiten im Gremium zur Gesundheits-, Sozial und Versorgungsplanung.

Das erste Jahr der Bewährung für die ambulante Eingliederungshilfe im Bezirk ist gut gemeistert worden. Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt, personell und konzeptionell die entsprechende Antwort gegeben. Im kommenden Jahr sind wir für sämtliche Aufwendungen zur Beförderung mit einem Fahrdienst zuständig. Auch hier sind die entsprechenden Vorbereitungen getroffen und nach einer Anlaufzeit von drei Monaten werden wir im Bedarfsfall Korrekturen an den Fahrtkostenpauschalen vornehmen. Wir wollen, dass alle Menschen mit Behinderung eigenverantwortlich und mit möglichst großer Entscheidungsfreiheit ihre Mobilität gestalten können.

Die Außenstelle Ingolstadt als Regionalbüro für die Sozialverwaltung hat zum 01.08.2008 ihren Betrieb aufgenommen. Wir werden uns mit den Erfahrungen im nächsten Jahr beschäftigen und zu entscheiden haben, ob und in wieweit sich die Einrichtung von Regionalbüros bewähren wird.

Der Regelungsbedarf im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung wird weiterhin notwendig sein. Im Bereich Wohnen ist die Ausstattung mit den unterschiedlichen Förderbereichen gut gelöst.

Auch im Bereich der Förderstätten sind zusätzliche Regelungen notwendig, damit Förderung auch wirklich stattfinden kann. Hier setzen wir auf eine konstruktive, zielführende und verantwortungsvolle Zusammenarbeit mit den Einrichtungsträgern und der Freien Wohlfahrtspflege.

Verehrte Damen und Herren,

ein weiterer Schwerpunkt unserer Aufgaben liegt in der Gesundheitsversorgung. Unser Kommunalunternehmen Kliniken des Bezirkes Oberbayern mit den angegliederten Kliniken als gGmbH's hat sich in den letzten zwei Jahren trotz kritischer Stimmen gut behauptet. Und nicht nur behauptet, sondern auch weiter entwickelt. Dabei möchte ich das Autismus Kompetenzzentrum besonders erwähnen. Unter Federführung des Bezirkes Oberbayern wird dieses Kompetenzzentrum in einem Krankheitsbild, das in vielen Bereichen noch völliges Neuland ist, Hilfs- und Heilungsangebote sowie Methoden entwickeln. Dazu sind wir auf die medizinischen Fachrichtungen, Einrichtungen und Gesellschaften mit ihren Erkenntnissen und Erfahrungen im Austausch angewiesen.

Die Ausgründung des Kinderzentrums München in eine gemeinnützige GmbH ist ein notwendiger Schritt hin zur Selbstständigkeit und Eigenverantwortung. Der Bezirk übernimmt noch bis einschließlich 2010 die Verlustabdeckung. Danach, so erwarten wir, ist die wirtschaftliche Betriebsstruktur gesichert und steht auf eigenen stabilen Füßen. Die Planung für die Umsetzung nach Schwabing halten wir für sinnvoll, zumal die notwendigen baulichen Veränderungen am jetzigen Standort nicht ohne erhebliche und finanziell nicht darstellbaren Größenordnung möglich ist.

Zum 01.01.2009 ist die Rechtsformänderung insgesamt abgeschlossen und das Kommunalunternehmen strukturiert. Jetzt gilt es mit entsprechenden Zielvorgaben, der Umsetzung von weiteren Regionalstandorten und den Ausbau der Versorgungsangebote unserer Kommunalunternehmen im Markt der Psychiatrie weiter auszubauen. Dabei soll der Aspekt ambulant vor stationär oder ambulant und stationär noch stärker beleuchtet werden.

Das Engagement des Kommunalunternehmens stützt sich auf Humanität, Versorgungsqualität und Wirtschaftlichkeit. Dieses Fundament stellt sicher, dass die Versorgung unserer Patienten mit entsprechender Zuneigung, medizinischer und pflegerischer hoher Qualität und finanzieller Verantwortung gesichert ist und gesichert bleibt.

Die Zusammenführung der EDV-Infrastruktur für alle Kliniken und Einrichtungen bleibt unser erklärtes Ziel. Dafür muß im kommenden Jahr engagiert gearbeitet und entwickelt werden.

Eine weitreichende Entscheidung steht 2009 an. Wie gestalten wir die Struktur von Haar I und Haar II. Die nachhaltige Sicherung unseres Isar-Amper-Klinikums in Haar muss dabei Grundlage der Entscheidungen sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dass die Umwelt ein wichtiges Aufgabenfeld nicht nur für die große Politik ist, sondern auch für den Bezirk, spiegelt sich im Budgetbereich 5 Gestaltung und Umwelt wieder. Die Verlagerung der Zuständigkeit für die Gewässer II-Ordnung von den Bezirken auf das Umwelt- und Gesundheitsministerium bringt uns finanzielle Entlastung aber auch Mehrbelastung für die betroffenen Kommunen. Der Solidargedanke im Be-

reich Hochwasser und die überregionale Abstimmungsmöglichkeit für die Bezirke fällt zum 01.01.2009 weg. Wir bedauern diese Entwicklung.

Im Bereich der Imkerei konnte für Landsberg eine weitere Stelle für die Aus- und Weiterbildung von Imkern bereitgestellt werden.

Die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse im Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seelon sind zwar immer noch mit einem Minus versehen, aber im Vergleich zu den Jahren 2007 und früher deutlich verbessert worden. An den Verbesserungsmöglichkeiten soll weiter gearbeitet werden. Die Investitionen in die Infrastruktur des Bildungszentrums halten wir für notwendig, insbesondere die Verbesserung des Brandschutzes. Allerdings sollen die Baukosten vor Ausschreibung und Vergabe nochmals kritisch geprüft werden. Ein Auftrag für unsere Arbeitsgruppe Bau. Dem Ankauf eines benachbarten Grundstückes sehen wir positiv gegenüber. Allerdings muß über die Höhe und den Zeitpunkt noch gut verhandelt werden.

Verehrte Damen und Herren,

Bildung ist einer der wichtigsten Begriffe in der letzten Zeit geworden. Auch in unseren Bildungseinrichtungen sehen wir eine gute Grundlage für unsere Schülerinnen und Schüler, einen Lebensweg zu wählen der Sicherheit und Zukunft vermittelt.

Wir sind uns einig und in unserer Fraktion unterstützen wir dies nachhaltig, dass die geplanten Vorhaben im Bildungsbereich notwendig und erforderlich sind. Dazu gehört das Schulzentrum Johanniskirchen mit dem Neubau der Sprachheilschule, der Gesamtanierung der Lehrwerkstätten und dem Neubau einer Werkhalle. Ein großes Investitionsvorhaben das unserer Jugend auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben zugute kommt.

Gleiches gilt für die notwendige Dachsanierung der Schwimmhalle in Ingolstadt.

Die Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen im Agrarbildungszentrum Landsberg möchte ich nicht unerwähnt lassen.

Neben den laufenden Unterhaltsmaßnahmen unterstützen wir die Sanierung des Chemielabors und des Großen Hörsaales. Mit einem Chemielabor aus den 50ern aus dem letzten Jahrhundert kann keine Ausbildung mit den Anforderungen dieses Jahrhunderts geleistet werden.

In der Schule für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen muss auch kräftig investiert, ich sage auch, eingeheizt werden, damit die Energieversorgung optimiert werden kann.

Im Zusammenhang, weil wir bei Baumaßnahmen sind, möchten wir aus unserer Fraktion die notwendige Sanierung des Wohngebäudes Steinheilstraße mit Dachausbau und Aufzug unterstützen, auch wenn unser Kämmerer dieses mit Sorge betrachtet. Langfristig ist das eine gute Entscheidung.

Verehrte Damen und Herren,

ein wichtiges Standbein unserer bezirklichen Selbstbestimmung ist die Kulturarbeit, die Kunst- und Kulturförderung. Was wäre unsere oberbayerische Heimat ohne die Pflege der Tradition und Geschichte im baulichen, musischem, gestalterischem und musealen Bereich.

Dabei möchte ich im Namen unserer Fraktion all denen danken, die ehrenamtlich aus innerer Überzeugung die oberbayerische Kultur pflegen, bewahren und entwickeln. Sie leisten einen großartigen Beitrag zum Leben in unserer Heimat zwischen Freilassing und Eichstätt, zwischen Neuötting und Landsberg.

Eine besondere Freude sind die Ergebnisse aus Handwerk und Kunst, die in unterschiedlichen Förderungen im Bezirk Oberbayern ausgesprochen werden. Erst vergangene Woche konnte der Förderpreis für Holzgestaltung überreicht werden. Fünf junge Handwerker und Kunstschafter, davon vier junge Frauen, konnten Preise erhalten für ihre Arbeit. Auch das ist eine Auszeichnung für unsere Bildungseinrichtungen, die wesentlich für die Fortbildung tätig sind.

Im kommenden Jahr sind die Oberbayerischen Kulturtage in Starnberg.

Ein Fest für jung und alt, eine Begegnungsmöglichkeit der Kultur Oberbayerns. Kulturarbeit ist auch Pflege der Geschichte (Entwicklung) unserer Heimat. Deshalb halten wir es für richtig, dass die Förderung für die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die Donauschwaben gewährt wird. Dies ist eine Verpflichtung an die Kultur der Menschen, die unter großen Entbehrungen in unserem Land eine neue Heimat gefunden haben.

Unser europäisches Künstlerhaus Schafhof soll als Kultureinrichtung mit der personellen Verstärkung ausgebaut und weiter entwickelt werden. Ein Gebäude ohne Leben verstaubt.

In unseren Freilichtmuseen Glentleiten und Amerang steigt der Finanzbedarf. Kulturpräsentation ist immer auch Investition. Wenn dadurch die Vermittlung unserer Heimatkultur gestärkt und verbessert werden kann, sind wir für die dazu bereitgestellten Mittel.

Im kommenden Jahr werden wir weitere Schritte in Richtung Industriemuseum gehen. Die Vorbereitungen dazu sind auf einem guten Weg. Wir gehen diesen Weg mit unter der Voraussetzung, dass ein tragfähiges Konzept vorliegt und unter Beteiligung der kommunalen Ebene, Gemeinde und Landkreis.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Finanzierung all unserer Aufgaben kann nur gesichert stattfinden, wenn wir auf der Einnahmenseite auch die entsprechenden Mittel bereitstellen können.

Für 2009 haben wir einen Finanzbedarf von 1,230 Mrd.€ im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, eine Umlageverbesserung von 14,6%, die uns ca. 120 Mio.€ mehr an Umlage beschert bei gleichem Hebesatz. Trotzdem reicht diese Mehreinnahme nach Verrechnung aller Kostensteigerungen und Mindereinnahmen, Verweis auf die FAG-Zuweisungen, sowie einem Soll-Fehlbetrag von rd. 40 Mio.€ für 2008 nicht aus, es entsteht sogar ein Minus von ca. 61 Mio.€.

Wir lösen dazu die Rücklage bis auf 0,8 Mio.€ auf, wir werden Investitionen in Höhe von 10,1 Mio.€ über die Aufnahme von Krediten tätigen. Trotz dieser Maßnahmen bleibt uns ein ungedeckter Finanzbedarf von ca. 50 Mio.€. Das kann nur über eine moderate Erhöhung der Bezirksumlage um 0,8 Punkte erreicht werden. Unsere Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt mit der Haushaltssatzung zustimmen.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich im Namen meiner Fraktion ein herzliches Vergelt's Gott sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung, in unseren Einrichtungen im Bereich Umwelt, Bildung und Kultur, im Bereich Gesundheit in unseren Kliniken, den Kommunalunternehmen, in den sozialen Einrichtungen und im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Ein besonderer Dank gilt allen die maßgeblich Verantwortung tragen für den Bezirk Oberbayern als kommunal verankerte Gebietskörperschaft.

Für die restliche Adventszeit wünsche ich Ihnen einige besinnliche und ruhige Stunden, für das Weihnachtsfest Friede und Freude, Geborgenheit und Wärme zu Hause, in Ihrer Familie und Gemeinschaften.

Für 2009 wünsche ich Ihnen Gesundheit, Zufriedenheit, Zuversicht und hoffnungsvolle Aussichten, Erfolg in allen Bereichen, Mut, Kraft und Optimismus für all ihre und unsere Vorhaben.

Gottes Segen für unsere Heimat und den Bezirk Oberbayern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 7

Bezirk Oberbayern
Besetzung der Gremien für die Wahlperiode 2008-2013

Bezirksausschuss: (12)

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Loy, Josef	Geiger, Rudolf	Hobmeier, Karin
Kühn, Harald	Schwab, Harald	Baumgärtner, Clemens
Dr. Großmann, Rainer	Dambach-Trapp, Eleonore	Haslberger, Annemarie
Höcht, Annemarie	Eichiner, Reinhard	Kuhn, Barbara
Hofstetter, Franz	Wetzelsperger, Georg	Fröschl, Markus
Asam, Michael	Meiler, Manfred	Dr. Rödiger, Günther
Bittner, Ursula	Wimmer, Gerhard	Salvermoser, Richard
Hügenell, Helga	Broschei, Hiltrud	Prof. Dr. Murken, Jan
Oyan, Adil	Goldstein, Ulrike	Janecek, Dieter
Tuttas, Petra	Neubauer, Martina	Scholer, Stefan
Schneider, Rainer	Brems, Klaus	Koppold, Rudolf
Friedl-Lausenmeyer, Sigrid	Gräfin von Baudissin-Schmidt, Barbara	Dr. Wunderlich, Claus

Rechnungsprüfungsausschuss: (7)

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Schwab, Harald	Huber, Thomas	Fröschl, Markus
Dambach-Trapp, Eleonore	Roiser, Herbert	Baumgärtner, Clemens
Stoiber, Dominic	Springer, Frank	Geiger, Rudolf
Meiler, Manfred	Salvermoser, Richard	Brandl, Werner
Goldstein, Ulrike	Oyan, Adil	Scholer, Stefan
Specker, Konrad	Heigl, Marianne	Koppold, Rudolf
Gräfin von Baudissin-Schmidt, Barbara	Dr. Wunderlich, Claus	Föst, Daniel

Vorsitzender und Stellvertreter des Rechnungsprüfungsausschusses:

Meiler, Manfred	Schwab, Harald
-----------------	----------------

Werkausschuss für das Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: (8)

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Dambach-Trapp, Eleonore	Fröschl, Markus	Kuhn, Barbara
Hobmeier, Karin	Springer, Frank	Bichler, Josef
Friesinger, Sebastian	Haslberger, Annemarie	Wetzelsperger, Georg
Bittner, Ursula	Broschei, Hiltrud	Prof. Dr. Murken, Jan
Wimmer, Gerhard	Brandl, Werner	Salvermoser, Richard
Janecek, Dieter	Goldstein, Ulrike	Bohr, Sylvio
Degenhart, Christine	Heigl, Marianne	Specker, Konrad
Marquard, Rolf *)	Föst, Daniel *)	Gräfin von Baudissin-Schmidt, Barbara *)

*) Von der FDP-Fraktion berichtigt – Bekanntgabe im Plenum am 18.12.

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Loy, Josef	Dr. Großmann, Rainer	Spitlbauer, Anton
Geiger, Rudolf	Hobmeier, Karin	Kuhn, Barbara
Eichiner, Reinhard	Huber, Thomas	Linder, Ingeborg
Schwab, Harald	Bichler, Josef	Höcht, Annemarie
Weiß, Ilse	Stoiber, Dominic	Hofstetter, Franz
Waldmann, Ruth	Magg, Andreas	Asam, Michael
Hügenell, Helga	Dr. Rödig, Günther	Wimmer, Gerhard
Broschei, Hiltrud	Brandl, Werner	Meiler, Manfred
Ammer, Andreas	Gruber, Waltraud	Oyan, Adil
Neubauer, Martina	Tuttas, Petra	Janecek, Dieter
Heigl, Marianne	Specker, Konrad	Brems, Klaus
Rippel, Dieter	Dr. Wunderlich, Claus	Wagner, Sandra

Ausschuss für Bau, Umwelt und Energie: (12)

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Springer, Frank	Hofstetter, Franz	Roiser, Herbert
Bichler, Josef	Huber, Thomas	Dr. Hangkofer, Christof
Baumgärtner, Clemens	Wetzelsperger, Georg	Weiß, Ilse
Höcht, Annemarie	Fröschl, Markus	Linder, Ingeborg
Friesinger, Sebastian	Geiger, Rudolf	Haslberger, Annemarie
Brandl, Werner	Waldmann, Ruth	Salvermoser, Richard
Magg, Andreas	Meiler, Manfred	Broschei, Hiltrud
Wimmer, Gerhard	Bittner, Ursula	Hügenell, Helga
Gruber, Waltraud	Scholer, Stefan	Tuttas, Petra
Goldstein, Ulrike	Ammer, Andreas	Bohr, Sylvio
Dr. Schanderl, Michael	Degenhart, Christine	Schneider, Rainer
Gräfin von Baudissin-Schmidt, Barbara	Friedl-Laussenmeyer, Sigrid	Rippel, Dieter

Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen: (12)

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Spitlbauer, Anton	Hobmeier, Karin	Weiß, Ilse
Springer, Frank	Dambach-Trapp, Eleonore	Wetzelsperger, Georg
Kuhn, Barbara	Friesinger, Sebastian	Dr. Großmann, Rainer
Dr. Hangkofer, Christof	Höcht, Annemarie	Eichiner, Reinhard
Stoiber, Dominic	Bichler, Josef	Geiger, Rudolf
Prof. Dr. Murken, Jan	Salvermoser, Richard	Magg, Andreas
Meiler, Manfred	Broschei, Hiltrud	Bittner, Ursula
Dorn, Hubert	Brandl, Werner	Thöne, Thomas
Janecek, Dieter	Gruber, Waltraud	Ammer, Andreas
Bohr, Sylvia	Neubauer, Martina	Scholer, Stefan
Degenhart, Christine	Koppold, Rudolf	Specker, Konrad
Wagner, Sandra	Föst, Daniel	Marquardt, Rolf

Personalausschuss: (12)

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Hobmeier, Karin	Weiß, Ilse	Spitlbauer, Anton
Haslberger, Annemarie	Roiser, Herbert	Dambach-Trapp, Eleonore
Fröschl, Markus	Linder, Ingeborg	Kuhn, Barbara
Wetzelsperger, Georg	Stoiber, Dominic	Dr. Hangkofer, Christof
Eichiner, Reinhard	Baumgärtner, Clemens	Dr. Großmann, Rainer
Wimmer, Gerhard	Dr. Rödiger, Günther	Thöne, Thomas
Brandl, Werner	Meiler, Manfred	Broschei, Hiltrud
Salvermoser, Richard	Waldmann, Ruth	Magg, Andreas
Scholer, Stefan	Goldstein, Ulrike	Neubauer, Martine
Oyan, Adil	Janecek, Dieter	Tuttas, Petra
Koppold, Rudolf	Schneider, Rainer	Brems, Klaus
Dr. Wunderlich, Claus	Marquardt, Rolf	Föst, Daniel

Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern im Verband der Bayerischen Bezirke

Verbandsversammlung: (26*)

Mitglied	Stellvertreter/in
Loy, Josef	Hofstetter, Franz
Mederer, Josef	Höcht, Annemarie
Steinberger, Friederike	Geiger, Rudolf
Jungwirth, Franz	Spitlbauer, Anton
Dr. Großmann, Rainer	Wetzelsperger, Georg
Haslberger, Annemarie	Huber, Thomas
Kuhn, Barbara	Dr. Hangkofer, Christof
Hobmeier, Karin	Baumgärtner, Clemens
Springer, Frank	Schwab, Harald
Dambach-Trapp, Eleonore	Eichiner, Reinhard
Asam, Michael	Hügenell, Helga
Meiler, Manfred	Brandl, Werner
Prof. Dr. Murken, Jan	Dr. Rödiger, Günther
Bittner, Ursula	Broschei, Hiltrud
Wimmer, Gerhard	Salvermoser, Richard
Ammer, Andreas	Bohr, Sylvio
Neubauer, Martina	Tuttas, Petra
Gruber, Waltraud	Oyan, Adil
Schneider, Rainer	Dr. Schanderl, Michael
Brems, Klaus	Koppold, Rudolf
Heigl, Marianne	Degenhart, Christine
Marquardt, Rolf	Wagner, Sandra
Gräfin von Baudissin-Schmidt, Barbara	Rippel, Dieter
Friedl-Lausenmeyer, Sigrid	Dr. Wunderlich, Claus
Schildbach-Halser, Johanna	Dorn, Hubert
Jenkner, Beate	Prof. Dr. Weber, Klaus

***) Der Verband der bayerischen Bezirke kam zu der Entscheidung, dass Überhang- und Ausgleichsmandate in die Berechnung mit einfließen.
Somit stehen dem Bezirk Oberbayern 26 Sitze in der Verbandsversammlung zu**

Hauptausschuss (8*):

Mitglied	Stellvertreter/in
Loy, Josef	Geiger, Rudolf
Dr. Großmann, Rainer	Kuhn, Barbara
Steinberger, Friederike	Spitlbauer, Anton
Bittner, Ursula	Hügenell, Helga
Asam, Michael	Meiler, Manfred
Neubauer, Martina	Tuttas, Petra
Brems, Klaus	Schneider, Rainer
Marquardt, Rolf	Friedl-Lausenmeyer, Sigrid

***) Der Bezirk Oberbayern hat den achten Sitz im Wege des Losentscheids erhalten.**

Fachausschüsse des Verbandes der bayerischen Bezirke

Fachausschuss für Soziales und Kriegsopferfürsorge: (1)

Mitglied	Stellvertreter/in
Geiger, Rudolf	Weiß, Ilse

Fachausschuss für Psychiatrie und Neurologie: (3)

Mitglied	Stellvertreter/in
Loy, Josef	Linder, Ingeborg
Dr. Rödiger, Günther	Waldmann, Ruth
Dr. Wunderlich, Claus	Brems, Klaus

Fachausschuss für Umweltschutz, Wasserwirtschaft und Fischereiwesen: (2)

Mitglied	Stellvertreter/in
Baumgärtner, Clemens	Dambach-Trapp, Eleonore
Specker, Konrad)	Gräfin von Baudissin-Schmidt, Barbara

Fachausschuss für Kultur und Jugendarbeit: (3)

Mitglied	Stellvertreter/in
Spitlbauer, Anton	Kuhn, Barbara
Prof. Dr. Murken, Jan	Meiler, Manfred
Degenhart, Christine	Wagner, Sandra

Fachausschuss für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: (2)

Mitglied	Stellvertreter/in
Steinberger, Friederike	Hobmeier, Karin
Föst, Daniel	Dr. Schanderl, Michael

Referentinnen / Referenten – Bezirkseinrichtungen (6)

	Einrichtung	Referentin / Referent
1	Schule für Körperbehinderte mit Heilpädagogischer Tagesstätte (Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule) Ingolstadt	Oyan, Adil
2	Agrarbildungszentrum Landsberg a. Lech; Bezirksgüterverwaltung und Fischereiwesen	Dr. Schanderl, Michael
3	Schulen für Holz- und Gestaltung des Bezirks Oberbayern in Garmisch-Partenkirchen	Brandl, Werner
4	Schulzentrum München-Johanneskirchen Förderschwerpunkt Hören und Sprache	Schildbach-Halser, Johanna
5	Freilichtmuseum Glentleiten und Bauernhausmuseum Amerang	Bichler, Josef
6	Kultur-, Trachten-, Heimat- und Denkmalpflege	Spitlbauer, Anton

Berichterstatterinnen / Berichterstatter

	Aufgabengebiete	Referentin / Referent
1	Kultur-, Heimat- u. Denkmalpflege, Politische Bildung	1)Kuhn, Barbara 2)Dorn, Hubert 3)Prof. Dr. Murken, Jan
2	Jugendpflege	1)Wetzelsperger, Georg 2)Heigl, Marianne 3)Föst, Daniel
3	Natur- u. Landschaftsschutz, Erholungsflächen	1)Fröschl, Markus 2)Gruber, Waltraud 3)Degenhart, Christine
4	Gesundheit und Sport	1)Hobmeier, Karin 2)Thöne, Thomas 3)Tuttas, Petra
5	Fischerei – Imkerei	1)Dambach-Trapp, Eleonore 2)Brandl, Werner 3)Wagner, Sandra

Kommission Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit (8)

Mitglied	Stellvertreter/in
Steinberger, Friederike	Bichler, Josef
Kuhn, Barbara	Huber, Thomas
Fröschl, Markus	Dr. Hangkofer, Christof
Hügenell, Helga	Waldmann, Ruth
Salvermoser, Richard	Broschei, Hiltrud
Bohr, Sylvio	Neubauer, Martina
Heigl, Marianne	Specker, Konrad
Föst, Daniel	Wagner, Sandra

Medaillenkommission - Vorberatung – Verleihung d. Bezirksmedaille (8)

Mitglied	Stellvertreter/in
Kuhn, Barbara	Spitlbauer, Anton
Hobmeier, Karin	Dr. Hangkofer, Christof
Friesinger, Sebastian	Eichiner, Reinhard
Dr. Rödiger, Günther	Magg, Andreas
Brandl, Werner	Hügenell, Helga
Janecek, Dieter	Bohr, Sylvio
Brems, Klaus	Dr. Schanderl, Michael
Marquardt, Rolf	Dr. Wunderlich, Claus

Gremium zur Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung Oberbayern (4)

Mitglied	Stellvertreter/in
Loy, Josef	Geiger, Rudolf
Dr. Großmann, Rainer	Linder, Ingeborg
Dr. Rödiger, Günther	Waldmann, Ruth
Neubauer, Martina	Gruber, Waltraud
Rippel, Dieter*)	Dr. Wunderlich, Claus*)
Brems, Klaus*)	Heigl, Marianne*)

*) zukünftige Mitglieder bzw. deren Stellvertreter, sofern durch Änderung der GeschO das Gremium (in der Sitzung am 06.05.2009) von derzeit vier auf sechs Mitglieder geändert wird.

**Bestellung der Vertreter des Bezirks in Zweckverbänden, usw.
(gemäß § 4 Nr. 3 S. 2 GeschO keine Ausschussgemeinschaften):**

Verwaltungsrat der „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ (12)

Verwaltungsrat:

Mitglied	Stellvertreter/in
Loy, Josef	Steinberger, Friederike
Linder, Ingeborg	Dambach-Trapp, Eleonore
Dr. Großmann, Rainer	Haslberger, Annemarie
Huber, Thomas	Hofstetter, Franz
Roiser, Herbert	Friesinger, Sebastian
Wimmer, Gerhard	Bittner, Ursula
Dr. Rödiger, Günther	Broschei, Hiltrud
Meiler, Manfred	Waldmann, Ruth
Tuttas, Petra	Neubauer, Martina
Oyan, Adil	Ammer, Andreas
Brems, Klaus	Schneider, Rainer
Föst, Daniel	Marquardt, Rolf

Oberbayerische Heimstätte (8)

Aufsichtsrat:

Mitglied
Loy, Josef
Jungwirth, Franz
Roiser, Herbert
Thöne, Thomas
Asam, Michael
Scholer, Stefan
Dr. Schanderl, Michael
Wagner, Sandra

(In der Satzung der OH die Bestellung von Stellvertretern für die Aufsichtsratsmitglieder nicht vorgesehen)

Baugesellschaft München-Land (9)

Aufsichtsrat:

Mitglied
Weiß, Ilse
Karin Hobmeier
Prof. Dr. Murken, Jan

Tourismusverband München-Oberbayern (1)

Vorstand:

Mitglied	Stellvertreter/in
Mederer, Josef	Bittner, Ursula

Krankenhauszweckverband Ingolstadt (7)

Verbandsversammlung:

Mitglied	Stellvertreter/in
Geiger, Rudolf	Höcht, Annemarie *)
Eichiner, Reinhard	Hofstetter, Franz
Jungwirth, Franz *)	Kuhn, Barbara
Dr. Rödiger, Günther	Wimmer, Gerhard
Ammer, Andreas	Tuttas, Petra
Brems, Klaus	Koppold, Rudolf
Dr. Wunderlich, Claus	Gräfin von Baudissin-Schmidt, Barbara

***) Von der CSU-Fraktion berichtigt – Bekanntgabe im Plenum am 18.12.**

Verbandsausschuss des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt: (3)

Mitglied	Stellvertreter/in
Jungwirth, Franz	Eichiner Reinhard
Mederer Josef	Geiger Rudolf
Dr. Rödiger, Günther	Wimmer, Gerhard

Rechnungsprüfungsausschuss des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt: (1)

Mitglied	Stellvertreter/in
Eichiner, Reinhard	Höcht, Annemarie

Aufsichtsrat der Klinikum Ingolstadt GmbH (2)

Mitglied
Jungwirth, Franz
Dr. Rödiger, Günther

Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH (2)

Mitglied
Jungwirth, Franz
Dr. Rödiger, Günther

Aufsichtsrat der Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH (2)

Mitglied
Jungwirth, Franz
Dr. Rödiger, Günther

Aufsichtsrat der Dienstleistungs- und Gebäudemanagements Klinikum Ingolstadt GmbH (2)

Mitglied
Jungwirth, Franz
Dr. Rödiger, Günther

**Verwaltungsausschuss Behandlungszentrum Kempfenhausen
für Multiple Sklerose Kranke GmbH (1)**

Verwaltungsausschuss:

Mitglied	Stellvertreter/in
Schwab, Harald	Roiser, Herbert

**Delegiertenversammlung des Zentrums für Kinder und Jugendliche Inn-
Salzach e.V. (Altötting) (1)**

Mitglied
Springer, Frank

**Zweckverbandsversammlung des Zweckverbands Holztechnisches Museum
Rosenheim (2)**

Mitglied	Stellvertreter/in*
Friesinger, Sebastian	Dambach-Trapp, Eleonore
Brandl, Werner	Wimmer, Gerhard

Zweckverband Holzknechtmuseum Ruhpolding: (3)

Verbandsversammlung:

Mitglied	Stellvertreter/in*
Fröschl, Markus	Dambach-Trapp, Eleonore
Wetzelsperger, Georg	Friesinger Sebastian
Meiler, Manfred	Brandl, Werner

Stiftung „Donaumoos Freilichtmuseum u. Umweltbildungsstätte“ (2)

Stiftungsrat:

Mitglied
Höcht, Annemarie
Hügenell, Helga

(In der Satzung und der Geschäftsordnung der Stiftung ist die Bestellung von Stellvertretern für die Stiftungsräte nicht vorgesehen)

Zweckverband Donaumoos: (2)

Verbandsversammlung:

Mitglied	Stellvertreter/in*
Höcht, Annemarie	Geiger, Rudolf
Hügenell, Helga	Brandl, Werner

Zweckverband Keltisch-Römisches Museum Manching (3)

Verbandsversammlung:

Mitglied	Stellvertreter/in*
Eichiner, Reinhard	Dr. Hangkofer, Christof
Höcht Annemarie	Geiger, Rudolf
Thöne, Thomas	Prof. Dr. Murken, Jan

Zweckverband Deutsches Hopfenmuseum Wolnzach: (3)

Verbandsversammlung:

Mitglied	Stellvertreter/in*
Höcht, Annemarie	Eichiner, Reinhard
Kuhn Barbara	Dr. Hangkofer, Christof
Brandl, Werner	Meiler, Manfred

* Aufgrund von Art. 31 Abs. 3 KommZG sind für Verbandsräte Stellvertreter zu benennen

Berufsfachschule für Holzschnitzerei und Schreinerei in Berchtesgaden (2)

Fachbeirat:

Mitglied
Wetzelsperger, Georg
Brandl, Werner

(In der Satzung ist die Bestellung von Stellvertretern für die Fachbeiratsmitglieder nicht vorgesehen)

Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern: (1)

Mitglied
Stoiber, Dominic

Zweckverband der Bayerischen Landschulheime: (1)

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Mederer, Josef	Bittner, Ursula	Steinberger, Friederike